AZA 3000 BERN 16 POST CH AG NR. 17 | 22. OKTOBER 2021 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA

DIE ZEITUNG DER work

20 JAHRE work

Mehr Lohn! Alles zu den Demos vom 30.10. Seite 5

Nach dem bürgerlichen Brimborium ums Geld

Unia: Die Fakten Die Menschen Die Zahlen

Seiten 10 – 12

Cooler Job, uncoole Chefs

Berner Bude Stoppani liess Stifte zu lange chrampfen. Seite 3

Viva Italia!

Riesendemo gegen die Faschisten. Seite 7

Jubiläum

Die ersten 20 Jahre work: grosse Beilage, grosse Gewinne und viele Gratulationen.

Seiten 2, 4, 5, 6, 9, 20, 21, 22 und **48 Seiten Beilage**

FOTOS: WORK (2) / PD

workedito
Marie-Josée Kuhn

20 JAHR, WUNDERBAR!

Wie sollen wir feiern? So fragten wir uns auf der Redaktion, als es Nina Seiler Anfang Jahr plötzlich entfuhr: «Oh, Wahnsinn! Wir haben im Oktober ja das Zwanzigste.» Wie wollen wir das feiern? Irgendwann meinte dann Clemens Studer: «Dänk mit unseren Frontseiten, da sieht man alles!» All unsere Killerrecherchen, all unsere Hammerthemen, all unsere Darlings. All die Böfei, die guten Zeiten und die schlechten Zeiten, politische Gezeiten, die Stürme und Crashs und immer auch unsere Fieberkurve beim Machen. Im Mai 2015 zum Beispiel: Da griffen wir zum Satirehammer mit dem Zeichner Igor Kravarik. Er karikierte Nationalbank-Präsident Thomas Jordan Conan-like als «Jordan den Zerstörer». Hinter Jordan alles nur Asche und Rauch. Jordans falsche Geldpolitik zerstörte damals Tausende Arbeitsplätze. Oder im September 2011: Da jammerten die Baumeister und klemmten wie auch jetzt wieder bei den Löhnen (Seite 5). Also gingen wir hin und fotografierten ihre Schlitten bei einem Verbandsmeeting: Range Rover, Landrover, Hummer, Porsche Cabrio usw. Jede Karre über 100 000 Höger. Die Fotos landeten auf der Front unter dem Titel: «Arme Baumeister, dicke Schlitten». Eine echter Boulevard-Heuler. Zu sehen in der work-Jubiläums-Broschüre, die dieser Ausgabe beiliegt. Zusammen mit 39 anderen Frontseiten und einem Rückblick auf 20 bewegte Jahre.

Die Jubiläumsbroschüre: 40 Frontseiten für 20 bewegte Jahre.

WORK WAR IMMER NAH DRAN: *2002 beim grossartigen Baustreik, mit dem die Bauleute ihre Frühpensionierung mit 60 erkämpften. 2008 beim harten Streik der Bähnler in Bellinzona, mit dem sie ihre SBB-Werkstätte retteten. Und schliesslich 2019 beim historischen Frauenstreik, der die Schweiz veränderte. Es sind alles Arbeitskämpfe, die möglich waren, weil die Unia Geld hat. Weil sie Reserven hat. Ein erfreulicher Umstand, der den Rechten nicht schmeckt. Deshalb reiten sie und die ihnen geneigten Journalisten von «Tages-Anzeiger» und «Blick» jetzt eine Kampagne gegen die grösste Gewerkschaft der Schweiz. work hat sich die Unia-Jahresrechnungen angeschaut und bringt die Fakten und die Zahlen (Seiten 10–12).*

WORK IST IMMER NAH DRAN, *mit dem Blick von unten auf die Welt. Auf die, die arbeiten. Und auf die, die in der analogen und digitalen Wirtschaftsberichterstattung meistens fehlen. Wir geben diesen Heldinnen und Helden der Arbeit eine Stimme. work eben – und nicht Cash. Das können wir, weil uns die Unia lässt. Und zahlt. Auch dafür braucht die grösste Gewerkschaft der Schweiz ihr Geld: für eine Zeitung, die «einerseits eine Gewerkschaftszeitung ist, ein Tendenzblatt mit klaren Standpunkten und andererseits anregend und aufregend». So lobt uns Hotelier, Publizist und work-Autor Peter Bodenmann (Seite 6). Merci ihm und allen anderen für die Blumen!*

WORK BLEIBT IMMER NAH DRAN, *an Baugauner Bächtold, an Beerenschlawiner Beiner + Berther, an den faulen Tricks von Indosa. Und work zeigt: Wer sich wehrt, lebt nicht verkehrt. Auch wenn Bschiss-Firmen ihre Anwälte immer schneller gegen work losschicken, sollten sie wissen: Nur einmal in zwanzig Jahren mussten wir einen Prozess bis zu Ende führen. Bis vor Bundesgericht. Dort bekam work von ganz oben recht. Und das Placet für seinen (im Vergleich) schärferen Ton. Scharf im Ton und hart im Nehmen: Ihr work!*

FOTO: KEYSTONE

Unia-Präsidentin Vania Alleva gratuliert zum 20. Geburtstag:

Liebes work

Jeder zweite Freitag ist für mich ein besonderer Tag: Da nehme ich mir Zeit und lese work von vorne bis hinten. Dabei wird es mir nie langweilig. Denn work ist eine lebendige, unabhängige Stimme innerhalb unserer Bewegung. Sie beleuchtet wichtige Ereignisse aus einer eigenen Perspektive und bringt regelmässig Recherchen, aus denen ich Neues erfahre. Diese Stimme ist einzigartig und wichtig.

work ist mutig und scheut sich nicht, skrupellose Ausbeuter und reaktionäre Politiker beim Namen zu nennen. Dabei schätze ich besonders, dass work aktuelle Skandale wie etwa die fremdenfeindliche SVP-Politik in ihren historischen Zusammenhang stellt. Wie zum Beispiel 2014 mit einer eigenen Broschüre und Wanderausstellung zur «Baracken-Schweiz». Da liess work Zeitzeuginnen und -zeugen zu Wort kommen, die wissen, was es heisst, wenn Mann oder Frau als Mensch zweiter Klasse behandelt wird.

FEMINISTISCH. work berichtet verlässlich und informativ, schreibt verständlich und bringt komplexe Zusammenhänge auf den Punkt – oft mit einer kreativen Bildsprache, die Spass macht. Das macht die Zeitung immer wieder zu einer Vorreiterin der Bewegung. Schon Anfang 2017 machte work das «Pussyhat»-Motiv breit bekannt und trug in der Folge vor und nach der Herbstdemo 2018 mit einer kontinuierlich starken feministischen Kampagne zum Erfolg des Frauenstreiks 2019 bei.

work versteht die Bedeutung von Arbeitskämpfen und Massenmobilisierungen. Für mich unvergesslich bleibt das von der Redaktion selbstgestrickte «AHV-Transpi» mit der Aufschrift «Mehr AHV!». Und ob die Journalistinnen und Journalisten nun über die grossen Streikbewegungen der Bauarbeiter schrieben, über den Arbeitskampf der «Matrosen» auf dem Lago Maggiore oder über die Proteste der Oviesse-Verkäuferinnen gegen den Textilkonzern: in solchen Texten wird ihr grosses Engagement besonders spürbar. Weil sie die Not und die Ängste, die Unerschrockenheit und die Zivilcourage der Streikenden und ihrer Familien nachvollziehbar machen. Und damit einen wichtigen Beitrag zur Solidarität leisten.

Jeder zweite Freitag ist für mich ein ganz besonderer worktag.

GENERÖS. work gibt den Arbeitnehmenden ein Gesicht. Büezerinnen und Büezer kommen da zu Wort. Abstrakte Begriffe wie «Prekarisierung» oder «Deregulierung» beginnen zu leben. Wir erfahren, wie sie das Leben der Arbeitnehmenden verändern. So zeigt work immer auch ganz konkret, was die Unia macht: Menschen zusammenbringen, die sich gemeinsam wehren und damit eine gerechtere Welt schaffen.

Für die Sorgen der «kleinen» Leute haben die bürgerlichen Medien meist kein Gehör. Sie schauen lieber auf die Teppichetagen. Als Gegengewicht dazu braucht es work dringend!

Für ihr generöses Engagement über die vielen Jahre gratuliere ich Marie-Jo und ihrer Crew von Herzen.

Vania Alleva

Aktionen der Migros-Mitarbeitenden für mehr Lohn und mehr Personal

«Jetzt sind **wir** dran!»

Seit Jahren klemmt die Migros bei Lohnerhöhungen, auch bei den Mindestlöhnen. Jetzt haben die Mitarbeitenden definitiv genug. Am 7. Oktober mobilisierten sie mit Aktionen vor Migros-Firmen.

CLEMENS STUDER

Die Migros gehört zu den Pandemie-Gewinnerinnen. 2020 fuhr sie den höchsten Gewinn der Unternehmensgeschichte ein: 1,76 Milliarden Franken – mehr als doppelt so viel wie der bisherige Rekordgewinn im Jahr 2014 von 826 Millionen. Die Migros-Gewinne explodieren, gerade auch weil die Arbeitsproduktivität gestiegen ist. Nach ihrem unermüdlichen Einsatz während der Pandemie sagen die Mitarbeitenden laut und deutlich: «Jetzt sind wir dran!» Denn die Lohnerhöhungen bei der Migros sind seit Jahren tiefer als anderswo, auch bei den Mindestlöhnen. Viele Migros-Mitarbeitende verlieren Kaufkraft. Das heisst: sie haben weniger verfügbares Einkommen im Portemonnaie. Unterstützt von der Unia, verlangen die Migros-Mitarbeitenden:

- eine generelle Lohnerhöhung von 2 Prozent;
- Erhöhung der Mindestlöhne um mindestens 100 Franken;
- mehr Personal;
- keine prekären Arbeitsverträge mehr;
- die Einhaltung des L-GAV Migros im Onlinehandel.

Diese Forderungen werden die Migros-Menschen auch an die nationalen Lohndemos vom 30. Oktober tragen (siehe Seite 5).

MASSIVER STRESS

Bald stehen wieder die Rabattschlacht-Tage an und die Weihnachtszeit. Die erwartbaren und von den Unternehmen eingeplanten Rekordumsätze setzen die Mitarbeitenden in Läden wie im Onlinehandel unter zusätzlichen Druck.

Der massive Stress, die körperliche Überlastung und die vielen Überstunden setzen alle im Detailhandel Arbeitenden unter enormen Druck. Und ganz besonders die Lohnabhängigen mit Betreuungspflichten. Die Unia-Branchenkonferenz verlangt darum in einer Resolution:

- die strikte Einhaltung der Ruhe- und Pausenzeiten;
- die Kompensation der Überstunden durch Freizeit;
- bedingungslose Zuschläge für Abend- und Sonntagsarbeit;
- Feierabend um 16 Uhr am 24. und am 31. Dezember;
- Dienstpläne, die sich mit dem Privat- und Familienleben vereinbaren lassen;
- mehr Personal, um die Mehrbelastung abzufedern;
- eine Begrenzung der täglichen Arbeitsstunden (10 statt 14);
- keine Arbeit auf Abruf mehr.

FOTO: UNIA

UNIA-AKTION: Flyern vor der Migros in Neuenburg.

Technologiefirma Stoppani lässt Lernende länger chrampfen

«Sie sprechen von Familie»

WIDERSPRUCH: Glänzende Technik, wenig glanzvolle Arbeitsbedingungen. FOTO: PD

Die Metallverarbeiterin Stoppani in Neuenegg BE lässt länger arbeiten. Auch die Stiftinnen und Stifte. Doch nun hat sich Lehrling Beat B. gewehrt. Erfolgreich!

PATRICIA D'INCAU

Endlich wieder weniger schaffen! Gut ein Jahr musste Beat B.* bis zum Anschlag arbeiten. 45 Stunden in der Woche statt zuvor 40. Und das als Lehrling. Doch das ist nun vorbei. Zum Glück, wie der 23jährige betont: «Es ist mir in der Zeit wirklich schlechtgegangen», sagt er.

«SO EIN COOLER JOB»

Neuenegg im Kanton Bern ist eine kleine Gemeinde von rund 5600 Personen. Hier ist Stoppani tätig, ein Unternehmen, das sich unter anderem auf Blechumformung und Oberflächenveredelung spezialisiert hat. Das

«Fünf Stunden länger arbeiten? Zuerst hielt ich das für einen Witz.»

LEHRLING BEAT B.*

1913 gegründete Unternehmen beschäftigt mehr als 200 Personen. Und ist insbesondere in den Bereichen Halbleiterfertigung, Maschinenindustrie, Lebensmittel, Optik und Medtech tätig. Längst ist die früher einheitliche Firma in verschiedene Teile aufgegliedert, ist Teil der grösseren «Swiss Factory Group»-Holding geworden.

Bei Stoppani beginnt Beat B. im Jahr 2018 seine Lehre. Maschinen steuern, sie programmieren, auch selbst Hand anlegen beim Fertigen der Geräte: Die Arbeit hat es ihm angetan. Er sagt: «Es ist so ein cooler Job. Es kommt auf Präzision an, auch auf Ordnung.»

Doch nicht alles ist rosig bei Stoppani. Unia-Mann Ivan Kolak kennt die Firma näher. Auf finanziell schwierige Situationen habe Stoppani mehrfach mit der Erhöhung der Arbeitszeiten reagiert. Möglich ist das, weil der Gesamtarbeitsvertrag der Metall-, Elektro- und Maschinenindustrie einen Krisenartikel kennt. Dieser erlaubt es unterstellten Firmen, für eine begrenzte Zeit länger als die vereinbarten 40 Stunden arbeiten zu lassen.

DRUCK AUF DIE PEKO?

Mitte 2020 ist es wieder einmal so weit: Stoppani will 45 Stunden chrampfen lassen. Dazu braucht sie die Zustimmung der Personalkommission (Peko). Die folgt den Argumenten der Firma und gibt ihr Einverständnis. Das bestätigt die jetzige Peko auch gegenüber work. Ganz sauber sei es dennoch nicht gelaufen, glaubt Gewerkschafter Kolak. Er sagt: «Stoppani hat Druck auf die damalige Peko ausgeübt.» Vier der fünf früheren Peko-Mitglieder seien 2020 entweder zurückgetreten oder hätten mittlerweile die Firma verlassen.

Stift B. bekommt von allem zunächst nichts mit. Während die Belegschaft informiert wird, ist er in der Berufsschule. Erst später erzählt ihm ein anderer Lernender, was los sei. Beat B.: «An einem Donnerstag hat er mir gesagt, dass wir ab Montag fünf Stunden mehr arbeiten müssten. Das habe ich erst mal für einen Witz gehalten.» Als ihm in den Wochen darauf vermehrt Minusstunden aufgeschrieben werden, wird ihm klar: Das war kein Spass.

Für Beat B. wird es eine harte Zeit. Er hat mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen. Verständnis von seinen Vorgesetzten erhält er kaum. Im Gegenteil: Sie machen ihm offenbar deutlich, dass er als junger Mann doch sportlich und belastbar zu sein hätte.

Erstaunlich: Gleichzeitig hat das Unternehmen für manche Betriebsteile Kurzarbeit beantragt. Ein Teil der Beschäftigten lässt Stoppani also deutlich weniger arbeiten, während andere nun neun statt bislang acht Stunden am Tag chrampfen müssen.

LEHRLINGSAMT DÖST

Beat B. hat genug und sucht Hilfe. Er wendet sich an seine Eltern, seine Berufsschullehrer, spricht sogar mit dem Berner Lehrlingsamt. Doch Amt und Lehrer unterstützen ihn kaum. Beat B.: «Das Lehrlingsamt hat zwar mit meinem Vorgesetzten gesprochen, aber das war's. Passiert ist nichts.» Mehrfach wird er von seinem Arzt krank geschrieben. «Am Ende», sagt der Lehrling, «hat mir mein Arzt den Tipp gegeben, mit der Unia reden.»

So gelangt Beat B. schliesslich an Unia-Mann Ivan Kolak. Und im April 2021 kommt etwas in Gang. Der Gewerkschafter bemerkt, dass die Firma die Arbeitszeit der Lernenden gar nicht nach oben hätte setzen dürfen: Denn der GAV, den die Firma anwendet, um die Arbeitszeiten zu erhöhen, gilt für sie gar nicht. Für sie gilt der Lehrlingsvertrag – und in dem sind 40 Stunden pro Woche verabredet.

Das hätte auch dem Lehrlingsamt auffallen müssen. Unia-Mann Kolak wundert der Fehler nicht: «Das Lehrlingsamt glaubt oft einfach den Arbeitgebern. Sie machen sich meist nicht die Mühe, die zugrunde liegenden Verträge zu lesen.» Aufgeschreckt durch die Gewerkschaft, handelt das Amt doch. Ende Juni setzen sich die Unia und Beat B. durch: Ihm und vier anderen Lernenden werden sämtliche Stunden rückwirkend vergütet.

B. WIRD ZITIERT

Doch dann zitieren die Chefs Stift B. zum Gespräch: «Man warf mir vor, der Firma viel Arbeit gemacht zu haben, weil nun alles zurückgerechnet werden müsse. Und in Zukunft solle ich mich nicht mehr an die Unia wenden. Schliesslich sei man bei Stoppani eine Familie.»

Beat B. lässt sich allerdings nicht einschüchtern. Er sagt, die von der Unia seien neben seiner Familie die einzigen gewesen, die ihm zugehört hätten. Was B. nach der Lehre machen wird, weiss er heute noch nicht. Von zwölf Lehrlingskollegen, die er bisher kennenlernte, haben neun Stoppani mittlerweile verlassen.

Schliesslich krebst die Firma zurück: Den Lernenden werden alle Stunden rückwirkend vergütet.

* Name der Redaktion bekannt.

Das sagt Stoppani: «Keinen Druck ausgeübt»

Auf Nachfrage von work hat sich Hans Gattlen, Verwaltungsratspräsident der Swiss Factory Group AG, zu den Vorgängen geäussert. Er bestätigt, dass Stoppani 2020 die Arbeitszeit erhöht und Kurzarbeit eingeführt habe. Die Pandemie habe dem Unternehmen schwer zugesetzt, mit längeren Arbeitszeiten habe man «die Herstellkosten reduzieren» wollen. Dem Unternehmen wie auch der Personalkommission sei nicht bewusst gewesen, dass Lernende nicht unter den Gesamtarbeitsvertrag fielen. Noch bis Mai 2022 sollen die längeren Arbeitszeiten gelten, die mittlerweile auf 42,5 Stunden reduziert wurden. Kurzarbeit werde nicht mehr genutzt. Druck auf die Personalkommission habe Stoppani nicht ausgeübt, so Gattlen. Auch rate das Unternehmen seinen Beschäftigten nicht davon ab, den Kontakt zur Gewerkschaft zu suchen. VR-Präsident Gattlen: «Lediglich in der Sache mit den Lehrlingen habe ich persönlich in anständigem Ton gegenüber einem der Lehrlinge unser Bedauern ausgedrückt, dass dieser sich nicht zunächst an mich gewandt hat, nachdem die Nichtanwendung des GAV bekannt geworden ist.»

Hans Gattlen. FOTO: PD

Mega-Streik bei John Deere

WATERLOO (USA). Rund 10 000 Arbeiterinnen und Arbeiter des US-Landmaschinenherstellers John Deere legen seit dem 14. Oktober ihre Arbeit nieder. Bestreikt werden vierzehn Standorte in fünf Bundesstaaten. Hintergrund der Auseinandersetzung: Der Konzern bietet nur Lohnerhöhungen unterhalb der Inflation an und will die Zuschüsse zu den Pensionsgeldern bei Neueingestellten streichen. Die Arbeitsniederlegung bei John Deere fällt mit einer grösseren Streikwelle in den USA zusammen. Gerade streiken unter anderem auch Stahlarbeiter, Pflegende und Arbeitende im Telekommunikationsbereich.

«Kindergartendemo» in Wien

WIEN (A). Rund 5000 Kindergärtnerinnen und Kindergärtner haben am 12. Oktober für bessere Arbeitsbedingungen demonstriert. Die Beschäftigten verlangen mehr Personal, eine bezahlte Vorbereitungszeit und kleinere Gruppengrössen. Eine der Rednerinnen auf der Demo sagte: «Das ist ein historischer Moment, Schluss ist mit den braven Tanten.»

KRAFTVOLL: Österreichs Kindergärtnerinnen wehren sich. FOTO: KEY

Dank Unia: Mehr Zeit für Familie

LAUSANNE. In Lausanne waren die Läden in der Vorweihnachtszeit bisher an drei Abenden bis 22 Uhr offen. Neu müssen sie um 20 Uhr schliessen. Darauf hat sich die Unia mit den Arbeitgebern geeinigt. Im Gegenzug gibt es jetzt zwar mehr Abendverkäufe. Sechs statt drei. Aber: Jede Verkäuferin, jeder Verkäufer darf nur viermal aufgeboten werden. Solche mit Kindern unter 11 Jahren nur dreimal. Zudem gibt es pro Abend 15 Franken zusätzlich. Für Unia-Mann Giorgio Mancuso eine gute Lösung: «Unter dem Strich können die Mitarbeitenden jetzt mehr Zeit mit der Familie verbringen.»

Stryker: 140 Jobs in Lausanne weg?

LA CHAUX-DE-FONDS NE. Das Medtech-Unternehmen Stryker will seinen Standort La Chaux-de-Fonds komplett schliessen und bis zu 140 Arbeitsplätze vernichten. Das wurde am 20. Oktober bekannt. Die Unia wurde darüber vom Unternehmen nicht informiert, stattdessen wandten sich Beschäftigte an die Gewerkschaft. Denn Ihnen wurden bislang lediglich individuelle Abgangspakete angeboten, zu einem ordentlichen Sozialplan hat sich der US-Konzern bisher nicht geäussert.

rosazukunft Diesmal mit Happy Birthday!

20 JAHRE work

20 Jahre work: Die heitere Fahne der Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter

work ist einerseits eine Gewerkschaftszeitung, ein Tendenzblatt mit klaren Standpunkten und andererseits anregend und aufregend. Möglich macht das die Gewerkschaft Unia, gegen die derzeit ein Klassenkampf von oben tobt. Das Wort hat work-Kolumnist Peter Bodenmann.

BUNT, PRÄGNANT, ANGRIFFIG: «work ist eine Küche», schreibt Peter Bodenmann, «in der es oft heiss wird.» FOTO: WORK

Eine Gewerkschaft ohne Streikkasse ist keine Gewerkschaft. Weil sie jeden Konflikt schon verloren hat, bevor ein Arbeitskampf beginnt. Wer etwas gewinnen will, braucht Haare auf den Zähnen und Geld im Rucksack.

In der Regel gilt, wenn die Gegenseite, wenn die Unternehmerseite weiss, wie viel Geld in der Streikkasse einer Gewerkschaft liegt, ist dies für die Lohnabhängigen ein Nachteil. Weil die Unternehmer nachrechnen können, wann einer Streikbewegung der Schnauf ausgehen wird.

Wegen der Kampagne von «Tages-Anzeiger» und «Blick» hat die Unia jetzt ihre internen Zahlen auf den Tisch gelegt. War das ein Fehler? Vermutlich nicht wirklich, weil die Unia – richtig berechnet – mehr als eine Milliarde Franken schwer ist. Sie kann folglich auch längere Arbeitskämpfe durchstehen. Besser wären allerdings zwei Milliarden. Dies nach dem Grundsatz: Spare in der Zeit, dann hast du im Streikfall.

SUPINO & WALDER. Die Kader der Unia verdienen im Jahr so viel wie die Herren Verleger Pietro Supino (Tages-Anzeiger) und Marc Walder (Blick) real pro Monat. Supino und Walder wollen für ihren Verlag Geld vom Bund. Und greifen gleichzeitig die Unia an, die das mit ihren Arbeitslosenkassen gut macht. Das ist Klassenkampf von oben.

Die Covid-Krise hat vorab die kleinen und mittleren Einkommen hart getroffen. Während die Reichen und Superreichen profitierten, mussten viele Haushalte, mussten viele Lohnabhängige und Pensionierte ihre Gürtel enger schnallen. Und Ausgabenposten streichen. Die nicht ganz überraschende Folge davon: vorerst rückläufige Mitgliederzahlen der Unia. Werden sich diese im beginnenden Aufschwung erholen? Es ist zu hoffen.

DAGUET & RIEGER. Sind zwanzig Jahre eine lange oder eine kurze Zeit? Seit 20 Jahren gibt es work. work ist einerseits eine Gewerkschaftszeitung, ein Tendenzblatt mit klaren Standpunkten und andererseits anregend und aufregend. Etwa so, wie sich dies die work-Gründungsväter André Daguet selig und Andreas Rieger einst vorgestellt hatten.

work ist eine Küche, in der es oft heiss wurde, heiss wird. Weil alle Köchinnen und Köche, weil alle Kellnerinnen und Kellner ihre eigenen Interessen und Vorstellungen hatten und haben. Spannungen waren und sind Bestandteil der Gratwanderung zwischen gewerkschaftlicher Vorsicht und journalistischer Neugier. Zwischen Machos und der Logik, mehr Rechten und mehr Macht für die Frauen.

HEARTFIELD & STAECK. Eigentlich ist in diesem Umfeld der Posten einer Chefredaktorin ein elender Verschleissjob. Marie-Josée Kuhn liess sich wenig anmerken. Wenn notwendig, hielt sie sich mit etwas Yoga im Gleichgewicht. Kopfstand gegen Unverstand. Die Berner Seeländerin zeichnete in den letzten 19 Jahren für 423 Nummern verantwortlich. Und ist, zusammen mit ihrer Redaktion, immer wieder für publizistische, politische und gewerkschaftliche Überraschungen gut. Die Titelseiten von work erinnern uns in guten Momenten an die beiden deutschen Polit-Fotomontagekünstler John Heartfield und Klaus Staeck.

Was Kuhn auszeichnet, ist ein seltener Mix von Neugier, Respektlosigkeit und Realismus. Was nach den work-Interviews mit Marx, Engels und Lenin fehlt, ist ein Interview mit ihr. Ein Rückblick hinter die Kulissen der real existierenden Arbeiterbewegung und deren erstaunlich offener und deshalb spannender Zeitung.

work feiert seine 20 Jahre in Wabern bei Bern. In einem einstigen Arbeiter- und Industriequartier. Und dies im Lokal «Heitere Fahne». Ort und Name sind irgendwie Programm: work war und blieb eine Fahne der im Wandel begriffenen Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter. Eine Fahne mit Humor und Chuzpe. Tut uns allen irgendwie gut. Und sollte deshalb so bleiben.

INSERAT

Nach Pandemie-Doppelanstrengung: Bauleute fordern 100 Franken mehr für alle!

Nelson «Jackson» Martins rockt die Lohn-Demo

Trotz Bauboom und glänzenden Konjunkturprognosen machen die Baumeister auf Radikalinski: Sie verweigern jeden Rappen mehr. Gegen diesen Geiz demonstrieren die Bauleute am 30. Oktober.

JONAS KOMPOSCH

Nicht einen Rappen mehr! Mit dieser Einstellung startet der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) in die Lohnrunde fürs 2022. Generelle Lohnerhöhungen seien schlicht «nicht möglich», behauptet der Verband, dem nur noch etwa jede zweite Baufirma angeschlossen ist. Das sehen die Bauleute – ihrerseits zu fast 70 Prozent gewerkschaftlich organisiert – ganz anders. An ihrer Delegiertenkonferenz vom Juni haben sie beschlossen, 100 Franken mehr Lohn für alle zu fordern. Maurer Sebastian Gummert (43) war als Berner Baupräsident der Unia an dieser Beschlussfassung beteiligt. Er erklärt: «Obwohl wir auch in Pandemie-Zeiten stets Vollgas gegeben haben, sind wir im letzten Lohnherbst komplett leer ausgegangen. Es wäre nichts als gerecht, uns wenigstens jetzt eine Wertschätzung zu zeigen, zumal die Auftragsbücher voll sind.» Am 30. Oktober werden auch die Bauleute in vier Schweizer Städten auf die Strasse gehen (siehe unten). In Zürich mit Special-Demo-Guest und Tiktok-Star «Jackson» Martins (siehe Kasten). Der tanzende Bauarbeiter sagt: «Je mehr Leute auf der Demo sind, desto besser, das gibt dann auch stärkere Good Vibes.»

GEWINNE WINKEN

Am 4. November hätte der SBV Gelegenheit, einen Schritt auf die Bauleute zuzugehen. Dann findet die dritte Verhandlungsrunde statt. Aber nichts deutet darauf hin, dass der Verband von seinem Radikalkurs abrücken wird. Auf Gedeih und Verderb scheint er den Baubüezern und -büezerinnen eine Nullrunde bescheren zu wollen. Dies notabene, nachdem die effektiv bezahlten Durchschnittslöhne fast aller Berufskategorien schon in diesem Jahr gesunken sind. Und zwar um bis zu 30 Franken im Monat. Das zeigt eine Erhebung des SBV. Derselbe Verband aber glaubt, mit dieser Verschlechterungstendenz gut leben zu können. Er forciert sie bisweilen sogar aktiv.

Die Baukonjunktur zeigt steil nach oben.

Zum Beispiel in der letztjährigen Lohnrunde: Im Pandemie-Jahr 2020 wollten die Baumeister sämtliche Löhne «nach unten korrigieren». Ausgerechnet! Wo die Bauleute doch trotz Corona-Chaos und hoher Ansteckungsgefahr Tag für Tag weitergearbeitet haben. Eine solche flächendeckende Nominallohnsenkung hat es in der jüngeren Geschichte der Schweizer Bauwirtschaft nie zuvor gegeben. Den Gewerkschaften gelang es letztlich, auch diesen Angriff abzuwehren. Chris Kelley, Co-Leiter des Unia-Bausektors, sagt dazu: «Zuletzt müssen auch die Baumeister einsehen, dass sie den Fachkräftemangel mit solchen Vorhaben nur noch verschlimmern.»

Tatsächlich steht der Bau vor einem Personalnotstand. Weil immer weniger Junge den Maurerberuf erlernen und die Babyboomer-Generation bald massig in Pension geht. Der Notstand droht so massiv zu werden, dass jüngst sogar die NZZ zur Kritik am SBV ausholte: Das verbreitete Image der Bauberufe sei nie gut gewesen, aber heute noch schlechter geworden. Überhaupt gingen die Trends in der Bauwirtschaft «alle in die falsche Richtung», warnte das sonst so arbeitgebertreue Blatt. Ganz stimmt das allerdings nicht.

Steil nach oben zeigen nämlich die Trends in der Baukonjunktur. Erst im September teilte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) mit, die Stimmungsindikatoren für das Baugewerbe hätten sich zuletzt «nochmals deutlich verbessert». Insbesondere die Auftragsbestände deuteten auf eine «positive Entwicklung» hin. In der Tat sind zum Beispiel die Baugesuche in der Wohnsparte im ersten Halbjahr 2021 im Vergleich zur Vorjahresperiode um sagenhafte 21 Prozent in die Höhe geschnellt. Und insgesamt gab es in der Schweiz noch nie so viele Baugesuche wie in diesem Jahr. Auch das Forschungsinstitut Bak Economics prophezeit dem Hochbau fürs nächste Jahr erneut einen Investitionsanstieg und erachtet die Perspektiven für die gesamte Baubranche mindestens bis 2026 als «robust». Getragen wird diese Aufwärtsbewegung unter anderem von der Tiefzinspolitik sowie der Gebäudesanierung zur CO_2-Einsparung – also von Trends, deren Ende nicht absehbar ist. Dessen ungeachtet beklagt der Baumeisterverband die angeblich «tiefen Gewinnmargen» der Branche. Und gesteht damit zugleich ein: Gewinne schaffen die Bauleute ihren Firmen durchaus, aber eben angeblich zu wenig hohe. Zum Beispiel beim Branchenprimus Implenia: «Nur» 40 Millionen Franken regnete es für die Aktiengesellschaft im ersten Halbjahr 2021. Sein Argument von angeblich «nicht möglichen» Lohnerhöhungen führt der SBV also gleich selbst ad absurdum. Doch der Verband geht jetzt sogar zum Generalangriff über. Am 5. Oktober veröffentlichte er eine Analyse zum Landesmantelvertrag (LMV), der Ende 2022 ausläuft. Darin liebäugelt der SBV unverhohlen mit dem vertragslosen Zustand. Denn ohne das «enge Korsett des LMV» werde, etwa in Bezug auf die Löhne, «der Handlungsspielraum für den Arbeitgeber deutlich grösser». Auch in dieser Sache sollten die Meister noch einmal über die Bücher. Denn so ganz ohne Korsett riskieren sie, am Ende ganz blutt dazustehen.

FOTO: NICOLAS ZONVI

Tiktok-Star: «Jackson» Martins tanzt in Zürich

Online hat Bauarbeiter Nelson «Jackson» Martins (37) bereits Millionen erreicht. Sie schauen ihm begeistert zu, wie er, umgeben von Kränen und Baugerät, Popstar Michael Jackson imitiert, weil er die Stimmung der Leute in diesen Coronazeiten aufhellen will. work porträtierte den gebürtigen Portugiesen und Tiktok-Star hier: **rebrand.ly/tiktok-star.** Jetzt will «der tanzende Bauarbeiter» an der Lohndemo vom 30. Oktober in Zürich live auftreten, wie er work erzählt. Und er macht klar: «Je mehr Leute auf der Demo sind, desto besser. Das gibt dann auch stärkere Good Vibes.» Doch Martins geht es nicht nur um Tanz und Entertainment. Schon vor einigen Wochen hatte er erklärt: «Wir Arbeiter müssen zusammen für unsere Rechte kämpfen.»

SHOW. Tatsächlich wird er nicht allein zur Lohndemonstration erscheinen. Mehrere Kollegen seiner Bauequipe wollen auch für bessere Löhne einstehen. Was ihnen «Jackson» dann zeigen wird? Noch geheim! Fest steht nur dies: Mitten im Protest der Verkäufer und Malerinnen, der Maurer und Industriemitarbeitenden wird «Jackson» Martins seine Show darbieten. (jos)

Mehr Lohn und Respekt: Demos in 5 Städten

Ganz oben rollen die Millionen – auch in Zeiten der Krise: Allein im letzten Jahr haben die 300 Reichsten der Schweiz ihren Vermögensberg um total 5 Milliarden Franken aufgehäuft. Die obersten 0,3 Prozent der Bevölkerung besitzen mittlerweile satte 31 Prozent des Schweizer Gesamtvermögens. Gleichzeitig hat beinahe jede vierte Person überhaupt keine Ersparnisse.

GROSSE KLUFT. Und mit Corona hat sich die soziale Kluft noch vergrössert. Für Tausende gab es statt Homeoffice und volle Lohnfortzahlung Einkommenseinbussen und Arbeitslosigkeit. Für andere multiplizierten sich Stress und Gesundheitsrisiken. Besonders gilt das für die Mitarbeitenden in der Pflege, der Betreuung oder im Verkauf. Aber auch für die Arbeitenden der Industrie, der Logistik und des Bauhaupt- und Nebengewerbes. Sie haben unter schwierigsten Bedingungen durchgearbeitet.

Diese Leistungen müssten nun anständig honoriert werden. Doch viele Firmen und Branchen klemmen. Die Baumeister verweigern sogar jeden Rappen Lohnerhöhung! Gleichzeitig will das bürgerliche Parlament das Rentenalter erhöhen – zuerst auf Kosten der Frauen. (jok)

Baumeister verweigern jeden Rappen Lohnerhöhung!

Arbeitende sämtlicher Berufe und Regionen demonstrieren gemeinsam – und zwar gleichzeitig in 5 Städten:

Am Samstag, 30. Oktober, Besammlung: 13 Uhr, Start: 13.30 Uhr.

- **Bern, Schützenmatte (Demo der Pflege- und Gesundheitsberufe)**
- **Olten, Bifangstrasse**
- **Zürich, Helvetiaplatz**
- **Genf, Place des Vingt-Deux-Cantons**
- **Bellinzona, Piazzale Stazione**

Mehr Infos und Platzreservation für die Gratistransporte aus den Regionen gibt es auf solidaritaet.unia.ch.

ILLU: NINOTCHKA.CH

Die Briefträgerin & die Jubiplärien

Die Briefträgerin wurde gefragt, ob sie für diese Ausgabe etwas zum Thema «Jubiläum» schreiben könnte. Denn work wird ja 20 Jahre alt. Einen Moment war sie ratlos, dann keimten erste Ideen. Jubiplärium, wie es im

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Berner Oberland zum Spass heisst – was könnte es bei der Post zu feiern geben? Die Schweizerische Bundespost wurde 1849 gegründet – kein runder Geburtstag also heuer. 1920 entstand die Post Telefon Telegraph PTT, auch knapp daneben. 1998 wurde diese dereguliert und aufgespalten in zwei Konzerne: die Schweizerische Post und die Swisscom – kein Grund zum Ju-

«DXP, das Dreirad: Oh reines, ungemischtes Glück!»

bilieren, findet die Briefträgerin. Denn ihr liegt ein starker, umfassender Service public am Herzen. 2013 dann die Verwandlung der «öffentlichrechtlichen Anstalt» in eine «spezialgesetzliche Aktiengesellschaft» – noch weniger ein Anlass für ein Fest, auch wenn der Bund (vorläufig?) Alleinaktionär bleibt.

WUNDERWÖRTER. Gibt es kleinere Ereignisse, die beklatscht werden könnten? Die Einführung der Scanner? Viele alte Pöstler murren heute noch beim Gedanken daran. Die Ablösung der alten «Industriegeräte mit Laserstrahl» durch Smartphones? Sie sind nicht mehr wegzudenken, sind sicher nützlich, aber auch Instrumente der zunehmenden Fremdbestimmung. GFS, die Gangfolgesortierung (welch entzückendes Wort! Wer es wohl erfunden hat?), das heisst, die Sortierung der «maschinenfähigen» Briefe (auch so eine Wunderwortschöpfung!) bis «hinunter» auf die einzelnen Hausbriefkästen durch die Maschinenmonster in den riesigen Sortierzentren? Auch hier sehr gemischte Gefühle. Der DXP, das Dreirad? O reines, ungemischtes Glück! Ein Hoch auf ihn! Hurra!

NIE ZUR POST. Und was meinte der Spassvogel, von der Briefträgerin um Rat gefragt? «2023 werde ich mein 40-Jahre-Jubiläum bei der Post haben. Dass es bald hindenabe geit und dass ich schon so lange dabei bin, das gibt mir schon zu studieren. Denn: Wenn ich vor 40 Jahren gewusst hätte, was ich heute weiss … ich wäre garantiert Gärtner geblieben. Schon mein Grossvater sagte immer: ‹Beat, geh nie zur Post!› Habe ich auf ihn gehört?! – Er war Käser.»

work wird 20

Der besondere Blick

Böse Zungen nannten die früheren Gewerkschaftszeitungen «Pfarrblätter». Das war übertrieben. Es waren «Verbandsblätter», mit viel Verlautbarungen, Berichten von Sitzungen, Statements von Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretären usw. Diese Zeitungen erschienen wöchentlich, das meiste Geld wurde für Druck und Post gebraucht,

Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

die Redaktion bestand oft nur aus einem Redaktor, der kaum Zeit hatte, das Büro zu verlassen. Solche Blätter gibt es heute fast keine mehr, sie wurden meist auf monatlich erscheinende Verbandsmagazine eingekocht.

ZEIT DES AUFBRUCHS. work machte die letzten 20 Jahren etwas Neues: eine Zeitung, die die arbeitenden Menschen ins Blatt rückt. work sieht mit dem Blick von unten auf die Arbeitswelt. Der leider verstorbene André Daguet, einer der Gründungsväter von work, sagte es so: «Wir wollen näher an die Lebensrealität der Basis in den Betrieben heran.» Wir schoben das Zeitungsprojekt vor 23 Jahren zusammen an. Es war eine Zeit des Aufbruchs: Die Unia-Vorgängerorganisationen Smuv und GBI wollten die Gewerkschaften neu aufstellen. Einige Jahre vor ihrer Fusion zur Grossgewerkschaft Unia gaben sie bereits miteinander die neue italienischsprachige Zeitung «Area» heraus, dann das französischsprachige «Evénement syndical» und schliesslich ab 2001 «work».

work erwies sich als lebenslustig.

SEHR STOLZ. Beim Start gab es viel Skepsis über das neue Blatt. Einige lästerten, es werde kein Jahr überleben. Aber work erwies sich als lebenslustig. Marie-Josée Kuhn als langjährige Chefredaktorin sorgte für die Kontinuität, aber auch immer wieder für Innovationen. Am 10-Jahre-Jubiläum freute sich Daguet: «Ich bin schon sehr stolz. Es gibt in der gewerkschaftlichen Presse nichts Vergleichbares.» Das stimmt auch heute noch.

Im work stehen die Werktätigen im Zentrum. Hunderte von Portraits von Menschen in ihrer Arbeits- und Lebensrealität sind im Laufe der zwanzig Jahre bereits erschienen. Dass diese Berufsleute «systemrelevant» sind und dass ohne sie nichts geht, zeigte work schon vor Corona. work hat Hunderte von Geschichten von Menschen erzählt, die sich gegen Ungerechtigkeiten am Arbeitsplatz zur Wehr setzten, aufstanden und gar streikten. Und damit anderen Mut gemacht, sich ebenfalls zu wehren. Das ist ein riesiges Verdienst. Ich gratuliere!

UNIA online

FOTO: UNIA

Alle an die Demos am 30. Oktober

Wir wollen, dass die Angestellten in den essentiellen Branchen, auf dem Bau, im Gewerbe und in der Industrie für ihre Anstrengungen während der Krise die verdiente Anerkennung erhalten. Darum gehen wir am 30. Oktober auf die Strassen. Komm auch!

www.unia.ch/demo-anmeldung

Frauensession: Emine Sariaslan ist eine der 246 Frauen im Bundeshaus

«Wo sind Frauen, die im Service arbeiten oder in der Reinigung?»

Am 29. und 30. Oktober findet im Bundeshaus die zweite Frauensession statt. work wollte von Teilnehmerin Emine Sariaslan wissen, was sie da macht.

PATRICIA D'INCAU

work: Emine Sariaslan, wer sind die Frauen, die an der Frauensession teilnehmen?
Einerseits sind das gewählte Politikerinnen, also National-, Ständeund Regierungsrätinnen. Andererseits konnten alle, die sich für die Frauensession interessieren, bei einer offenen Onlinewahl kandidieren und mit abstimmen. Grundsätzlich finde ich das super! Wen ich unter den Teilnehmerinnen allerdings vermisse, das sind Frauen, die im Service arbeiten, in der Reinigung oder als Pflegerin in einem Privathaushalt. Also Frauen, die nicht zum Mittelstand gehören und ohnehin schon weniger Möglichkeiten haben, sich politisch einzubringen.

«Wir sollten immer wieder unbeliebte Themen diskutieren!»

Und wenn sie schon nicht unter den Teilnehmerinnen vertreten sind, dann hätte ich schon erwartet, dass sie als Betroffene eingeladen werden und zumindest so zu Wort kommen. Daher würde ich für eine nächste Frauensession empfehlen, Quoten einzuführen und zu sagen: Wir möchten Frauen aus bestimmen Branchen und Sektoren dabeihaben. Und dann wird auch aktiv nach diesen Frauen gesucht.

Wie liefen die Vorbereitungen bisher?
Durchaus positiv. Jede Teilnehmerin ist Mitglied in einer Kommission, die für uns Frauen relevante Themen diskutiert. Lohngleichheit, Stimm- und Wahlrecht für Migrantinnen und Anerkennung der unbezahlten Care-Arbeit zum Beispiel. Ich bin in der Kommission für Arbeit und Absicherung. Bisher hatten wir zwei Sitzungen mit Kennenlernen, Expertinnen-Referaten und Diskussionen über unsere Forderungen. Jetzt erarbeiten wir Anträge, die wir an der Frauensession einbringen und adressiert an das Parlament verabschieden wollen. Wir diskutieren die Schaffung eines Fonds zur Finanzierung und zum Ausbau der externen Kinderbetreuung. Und die Einführung einer Elternzeit, die die Mutterschaftsversicherung und den Vaterschaftsurlaub ergänzt. Ausserdem fordern wir, dass Beschäftigte in Privathaushalten auch dem Arbeitsgesetz unterstellt werden. Daneben: Eine unabhängige Bundesbehörde, die die Lohngleichheit durchsetzt. Und ein Bundesamt für Gleichstellung und Familie. Diese Themen wurden von der Kommissionsleitung vorbestimmt. Wir konnten aber auch eigene einbringen.

FOTO: FRANZISKA SCHEIDEGGER

Sozialarbeiterin Emine Sariaslan.

Gewerkschafterin und Feministin

Emine Sariaslan (57) ist langjährige Unia-Gewerkschafterin und Sozialarbeiterin. Daneben engagiert sie sich im Berner Frauenstreikkollektiv in der Arbeitsgruppe Migration. Dazu sagt sie: «Ich möchte etwas ändern in dieser Gesellschaft. Und ich fühle mich auch verantwortlich dafür. Als Frau, als Migrantin und als Gewerkschafterin.»

FLUCHT. Geboren und aufgewachsen ist Sariaslan in der Türkei. 1988 floh sie nach dem Militärputsch in die Schweiz. Heute lebt sie in Bern Bümpliz. (pdi)

Was haben Sie pesönlich eingebracht?
Von mir stammt ein Antrag zu den Lohnanalysen in den Betrieben. Er fordert, dass nicht nur die Lohndifferenz zwischen Mann und Frau analysiert wird, sondern auch, ob es Unterschiede aufgrund des Aufenthaltsstatus gibt. Studien zeigen nämlich, dass Migrantinnen in der Arbeitswelt einer Doppeldiskriminierung ausgesetzt sind – einerseits als Frau, andererseits als Ausländerin. Das müssen wir berücksichtigen, wenn wir Gleichstellung tatsächlich für alle schaffen wollen und nicht nur für einen Teil der Frauen. Daher ist Solidarität auch unter uns Frauen wichtig.

Wird die Frauensession denn überhaupt konkrete Resultate bringen?
Die angenommenen Anträge der Frauensession kommen später ins Bundesparlament. Bei bestimmten Themen sind wir uns relativ einig: etwa beim Ausbau der externen Kinderbetreuung oder bei der Forderung, dass die Arbeit in Privathaushalten dem Arbeitsgesetz unterstellt wird.

Leider wird schon jetzt geschaut, dass wir vor allem Forderungen verabschieden, die Chancen haben, auch im Parlament durchzukommen. Das halte ich für eine falsche Strategie. Wir müssen auch Themen einbringen, die gerade weniger «beliebt» aber für Gleichstellung relevant sind. Und zwar immer und immer wieder. Wie damals beim Frauenstimmrecht! Nur so erreichen wir echte Fortschritte und können die Gesellschaft verändern.

Und wo sind sie sich uneins?
Bei der AHV etwa: Die bürgerlichen Frauen wollen das Rentenalter erhöhen, wir linke Frauen stellen uns dagegen. Das ist in der Frauensession nicht anders als im Parlament.

50 Jahre Frauenstimmrecht: Parlament in Frauenhand

Über 1000 Frauen haben für diese Frauensession kandidiert.

PATRICIA D'INCAU

Die ersten Frauen kamen fast im Dutzend: Zehn Nationalrätinnen und eine Ständerätin waren es, die im Oktober 1971 die Wahl ins Parlament schafften. Wenige Monate nachdem die Männer endlich Ja gesagt hatten zum nationalen Frauenstimmrecht. Damit hatte das lange Ringen ein Ende: Endlich durften auch in der Schweiz die Frauen politisch mitbestimmen.

Jetzt, 50 Jahre später, ist das Bundeshaus ganz in Frauenhand: Am 29. und 30. Oktober diskutieren 246 Teilnehmerinnen an der Frauensession eine Vielzahl von Forderungen, die sie im Vorfeld in thematischen Kommissionen erarbeiten. Neben Themen wie Lohn, Rente und Care-Arbeit gehören dazu auch Fragen zur Gleichstellung in der Wissenschaft, der Landwirtschaft und der Medizin. Oder im Zusammenhang mit Digitalisierung, Gewalt und Mitbestimmungsmöglichkeiten für Frauen ohne Schweizer Pass. Allesamt Probleme, die unter der Bundeshauskuppel oft eher am Rande eine Rolle spielen. Obwohl die in der Verfassung festgeschriebene Gleichstellung noch längst nicht erreicht ist: Frauen verdienen nach wie vor weniger als Männer, haben tiefere Renten, schultern den Grossteil der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit, erleben Gewalt und sexuelle Übergriffe.

Auch Unia-Chefin Vania Alleva ist dabei.

GROSSER ANSTURM
Kein Wunder, dass die Organisatorinnen von Anmeldungen überrollt wurden: Mehr als 1000 Kandidaturen gingen online ein. Für 200 Plätze, die zu besetzen waren, verteilt auf alle Landesteile. Rund 12 000 Stimmende haben in Onlineabstimmung die Sessionsteilnehmerinnen gekürt. Ein Unterschied zur ersten Frauensession 1991, als nebst den ehemaligen Parlamentarierinnen in erster Linie Frauen aus Frauenorganisationen und Verbänden eingeladen waren.

FRAUENSESSION 2021
SESSION DES FEMMES 2021
SESSIONE DELLE DONNE 2021
SESSIUN DA LAS DUNNAS 2021

Die Organisatorinnen damals: eine parlamentarische Kommission, bestehend aus sieben Frauen aus verschiedenen Fraktionen und unterstützt von den Parlamentsdiensten. Die Organisatorinnen heute: der Frauendachverband Alliance F, zusammen mit dem Bäuerinnen- und Landfrauenverband, dem Katholischen Frauenbund und weiteren Organisationen. Allesamt aus dem eher bürgerlichen Lager. Während zu den grossen Sponsoren unter anderem der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse gehört.

Die Gewerkschaften hingegen beteiligen sich inhaltlich. Die Unia mit Präsidentin Vania Alleva als Expertin in der Kommission für Arbeit und Absicherung. Und mit Martine Docourt, Leiterin der Politikabteilung der Unia, als Expertin in der Digitalisierungskommission. Neben Unia-Mitglied Emine Sariaslan (siehe oben) nehmen mit Isabelle Lüthi und Judith Venetz zwei weitere Unia-Frauen an der Session teil.

Rom: Riesenprotest nach Sturm auf Gewerkschaftszentrale

«Nie wieder Faschismus!»

NICHT MIT UNS! Zehntausende strömten auf die Piazza San Giovanni in Rom, um gegen den faschistischen Angriff auf die grösste italienische Gewerkschaft zu protestieren. FOTO: GETTY

Italienische Rechtsextremisten und Impfgegner attackierten den Hauptsitz der grössten Gewerkschaft CGIL. Diese reagierte resolut – und hat damit Schlimmeres verhindert.

JONAS KOMPOSCH

Einen solchen Massenaufmarsch hatte Italien seit Pandemiebeginn nicht mehr gesehen: Unter dem Motto «Nie wieder Faschismus» fluteten am letzten Samstag – je nach Zählweise – 60 000 bis 200 000 Demonstrierende die Innenstadt Roms. Sogar aus dem Tessin war eine Delegation gekommen. Darunter Unia-Sekretär Giangiorgio Gargantini. Er sagt: «Es ist klar, dass wir an der Seite der Compagni sind, die Opfer eines faschistischen Angriffs wurden.» Nun war die proppenvolle Piazza San Giovanni ein einziges Fahnenmeer, und bis zum Kolosseum schallte die Parole des Tages: «Siamo tutti antifascisti!» – «Wir sind alle Antifaschisten!». Zum Protest aufgerufen hatten die drei grossen Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL – und zwar erst sieben Tage zuvor. Denn auch an jenem Samstag, am 9. Oktober, wurde in der Hauptstadt demonstriert. Und demoliert!

«Es ist klar, dass wir an der Seite der Compagni sind.»
GIANGIORGIO GARGANTINI, UNIA TESSIN

TERRORIST MIT HOOLIGAN

8000 Impfgegner und Massnahmenkritikerinnen taten ihre Opposition zur Pandemie-Politik von Ministerpräsident Mario Draghi kund. Mit von der Partie waren Hunderte Rechtsextreme, darunter die Kleinpartei Forza Nuova. Als eine der wenigen organisierten Kräfte gelang es diesen Neofaschisten im Handumdrehen, Teile der Anti-Massnahmen-Demo zu kontrollieren. Die Folge: ein Sturmversuch auf den Palazzo Chigi, den Sitz des Ministerpräsidenten. Gegen die polizeiliche Übermacht war allerdings kein Durchkommen. Also griffen die Faschisten zu Plan B.

Jetzt hiess das Ziel: CGIL, die grösste Gewerkschaft Italiens. Vor ihrem Hauptsitz drängte sich eine wütende Menschenmenge, aufgepeitscht durch die Hasstiraden des Forza-Nuova-Führers Roberto Fiore (62) und seines Vertrauten Giuliano Castellino (45). Fiore war in den 1980er Jahren wegen Unterstützung der Rechtsterroristen der «Revolutionären bewaffneten Zellen» verurteilt worden. Er floh aber nach England, mauserte sich zum Immobilienmakler und kehrte erst zurück, als seine Strafe verjährt war. Castellino wiederum ist in Rom bekannt als notorischer Fussball-Hooligan, Grosskotz und Nazischläger. Er war es denn auch, der die CGIL auf vulgärste Weise beschimpfte. Sie sei eine «Sklavenhaltergewerkschaft» von «Scheisskommunisten» und wolle den Italienern die «Freiheit» rauben.

VORWAND «GREEN PASS»

In Wirklichkeit steht die CGIL kritisch zum «Green Pass». Denn die italienische Variante des Corona-Zertifikats ist seit dem 15. Oktober auch an allen Arbeitsplätzen obligatorisch. Jetzt gilt, was die mächtigen Arbeitgeberverbände von Draghi verlangt hatten: Wer nicht doppelt geimpft ist (19 Prozent der Bevölkerung) oder genesen, muss alle zwei Tage zum Coronatest antraben – auf eigene Kosten. Und wem der grüne Pass fehlt, der darf vom Chef ohne Lohnfortzahlung suspendiert werden. Da hätten die meisten Gewerkschaften eine Impfpflicht bevorzugt, wie sie Italien für zehn Krankheiten bereits kennt. Dies aus gesundheitlichen Gründen und weil ein Obligatorium die Spaltung der Belegschaften in Geimpfte und Ungeimpfte verhindert hätte. Draghi aber verhandelte nicht. Auch auf die Gewerkschaftsforderung nach Gratistests für Lohnabhängige ging er nicht ein. CGIL-Chef Maurizio Landini kritisiert: «Es darf nicht sein, dass Menschen dafür bezahlen müssen, zur Arbeit zu gehen.»

Zum Abschluss der Demo sangen Zehntausende «Bella ciao».

Doch die realen Positionen und Herausforderungen in der Pandemiebekämpfung kümmern die Faschisten nicht. Denn sie benutzen die Corona-Proteste bloss als Sprungbrett für ihr eigentliches Ziel: die Vernichtung politischer Kontrahenten.

TERROR: Impfgegner und Faschisten randalierten im Hauptsitz der Gewerkschaft CGIL. FOTO: KEY

U-HAFT FÜR MINI-DUCE

Wie das geht, hatte Benito Mussolini einst vorgemacht: Der werdende italienische Diktator liess seine Milizen als erstes die Gewerkschaftshäuser brandschatzen. Nun – exakt hundert Jahre später – sah auch Hooligan Castellino seine Chance gekommen. Dabei hätte der Möchtegern-Duce gar nicht anwesend sein dürfen. Weil er Journalisten und einen Polizisten attackiert hatte, stand er unter Hausarrest.

Doch von Polizei, die hätte intervenieren können, war weit und breit nichts zu sehen. Erst spät trafen einige Carabinieri ein. Innert kurzer Zeit wurden sie mit Flaschen eingedeckt und dann einfach überrannt. Jetzt drang der Mob in die CGIL-Zentrale ein und schlug alles kurz und klein. Am Tag danach sagte die sichtlich schockierte CGIL-Landessekretärin Ivana Galli: «Es war eine beispiellose Orgie der Gewalt. Zwischen Glassplittern und Möbeltrümmern klebte Blut am Boden.» Galli und ihr Team waren während der Tatzeit nicht mehr im Haus, Verletzte gab es trotzdem.

Nun sitzen die Drahtzieher in Untersuchungshaft, ein Verbot ihrer Organisationen steht zur Debatte, und auch die schwächelnden Corona-Proteste gehen auf Distanz. Ganz anders wäre es, wenn eine resolute Antwort auf den Angriff ausgeblieben wäre. Unia-Mann Gargantini sagt zu work: «Die Atmosphäre an der Demo war überwältigend! Überall spürte man Kampfgeist und Überzeugung.» Kein Wunder, ertönte zuletzt aus tausend Kehlen die Partisanenhymne «Bella Ciao».

work kommentar
Oliver Fahrni

Lokalwahlen in Italien: Der tiefe Fall des Matteo Salvini

Der Plan stand: Bald würde der Rechtsextremist und Lega-Nord-Führer Matteo Salvini die Macht in Rom übernehmen. Seine Propagandamaschine, «die Bestie» genannt, spie Gift und Galle im Akkord. Sie füttert Millionen Anhängerinnen und Anhänger auf den sozialen Medien stündlich mit Hass gegen Flüchtlinge und sozial Benachteiligte, gegen Frauen, Gewerkschaften, Linke, Seenotretter, Schwule, EU und «Eliten». Das verfing: In den Umfragen lag Salvinis Lega als stärkste politische Kraft Italiens mit über 30 Prozent weit vor allen andern. Zusammen mit dem alten Polit-Gangster Silvio Berlusconi schien ihm die absolute Mehrheit sicher.

IM AUFWIND: Enrico Letta, Parteichef des sozialliberalen Partito Democratico (PD). FOTO: KEYSTONE

SALVINI FRISST KREIDE. *Das war vor elf Monaten. Dann kam, im Januar 2021, Mario Draghi. Der Ex-Banker (Goldman-Sachs) hatte als Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) zuerst Griechenlands Linke zerstört, dann Italien unter die neoliberale Fuchtel gezwungen. Er soll das Land nun aus Covid und Wirtschaftskrise führen.*
Dafür hat ihm die EU viele Milliarden zugesagt. Sie waren Draghis Hebel, um alle Parteien in eine grosse Koalition zu nötigen – von den Sozialdemokraten (PD) über Berlusconi und die Fünfsterne-Bewegung bis hin zur Lega. Salvini zierte sich lange, doch die lombardischen Unternehmer, die hinter der Lega die Fäden ziehen und auf Draghis neoliberale Reformen setzen, befahlen: «Kreide fressen!»
Nur die Neofaschisten um Giorgia Meloni blieben aussen vor. Dieser irre Haufen von Demokratiehassern, Rassistinnen, Antisemiten und Mussolini-Nostalgikern hat seither das Monopol der Opposition. Versammelt um eine Chefin, die das abstruse Gedankengut schreiend, aber medienwirksam auf alle Bildschirme trägt.

Die Städte Turin, Mailand, Neapel und Bologna gehen an die Linke.

LETTA TRIUMPHIERT. *Salvinis Plan sah vor, nach einem blitzenden Sieg bei den Gemeindewahlen vorgezogene Parlamentswahlen durchzusetzen. Doch die Lega machte brutta figura, eine miserable Falle – es wurde eine krachende Niederlage. Mailand, Neapel, Bologna, Turin gingen an die Linke. Sogar in Rom, der Heruntergekommenen, gewann ein früherer Minister des sozialliberalen Partito Democratico (PD). Auch die Fünfsterne-Bewegung, die Rom und Turin regiert hatte, ging unter.*
PD-Chef und Wahlsieger Enrico Letta, der erst im Frühjahr seinen Job als Dekan einer Pariser Elite-Uni an den Nagel gehängt hatte, «um dem PD einen Zerfall wie jenen der französischen Sozialisten zu ersparen», blieb im Triumph bescheiden. Er weiss, dass die Faschistin Meloni, die sich selbst schon als künftige Regierungschefin Italiens bezeichnet, die politische Konfrontation im Lande nun radikalisieren wird. Lettas grösstes Problem aber heisst Draghi: Wie lange noch kann er dessen neoliberalen Umbau mittragen?

Coop-Verkäuferin Regina Karich (49) freut sich über den neuen GAV

«200 Franken mehr – da bin ich stolz drauf!»

VERKÄUFERIN REGINA KARICH: «Gute GAV sind nicht nur finanziell wichtig, sondern auch für das Selbstvertrauen.» FOTO: FLORIAN BACHMANN

Nach hartem Ringen steigen bei Coop die Mindestlöhne an. Schon das zweite Jahr hintereinander! Und das ist noch nicht alles.

CHRISTIAN EGG

Die 4000-Franken-Löhne sind bald Geschichte. So viel beträgt heute der Mindestlohn für Ungelernte bei Coop. Schon das war ein Erfolg: Nach jahrelangem Tauziehen zwischen Gewerkschaften und Grossverteiler willigte Coop schliesslich ein, keine Löhne mehr zu zahlen, die unter dieser Grenze liegen. Das war vor einem Jahr.

Jetzt folgt der nächste Schritt. Denn im neuen Gesamtarbeitsvertrag, auf den sich die Sozialpartner geeinigt haben und der ab Januar gilt, steigen alle Mindestlöhne erneut. Am meisten für Ungelernte: Auf 4100 Franken. Das macht Detailhandelsfachfrau Regina Karich glücklich: «Das sind plus 200 Franken innert nur zwei Jahren. Ich bin stolz, dass wir das hingekriegt haben!»

> **«Es macht mich glücklich, dass wir das hingekriegt haben!»**
>
> REGINA KARICH, COOP-VERKÄUFERIN

Sie selber hat eine zweijährige Lehre im Detailhandel absolviert und erhält dafür derzeit exakt 4122 Franken brutto im Monat. Ab nächstem Jahr werden es mindestens 28 Franken mehr sein, denn der neue Mindestlohn in dieser Kategorie beträgt 4150 Franken. Der Mindestlohn nach dreijähriger Lehre von 4200 Franken gilt schon seit letztem Jahr und ist neu im GAV verankert.

Gute Mindestlöhne und ein GAV überhaupt, das sei nicht nur finanziell wichtig, sagt Coop-Verkäuferin Karich. Sondern auch fürs Selbstvertrauen: «Du weisst, du bist jemand. Du kannst aus der Lehre kommen und dem Chef sagen: Aber Sie, im GAV steht das so.»

Mit dem Anstieg der Mindestlöhne beteiligt Coop die Mitarbeitenden – zumindest teilweise – am opulenten Jahresergebnis. Im Corona-Jahr 2020 machte der Detailhandelsriese trotz eines leichten Umsatzrückgangs 539 Millionen Franken Gewinn und übertraf damit noch das Rekordergebnis vom Vorjahr.

Vom Himmel gefallen sind die GAV-Fortschritte trotzdem nicht. Anne Rubin hat für die Unia den Vertrag mitverhandelt und sagt: «Bis zur Einigung der Sozialpartner war es ein hartes Ringen.» Auch Verkäuferin Karich traf sich immer wieder mit ihren Kolleginnen in der Unia-Fachgruppe Coop und diskutierte die nächsten Schritte, Punkt für Punkt. Darunter auch die Entschädigung bei Mutterschaft.

18 WOCHEN FÜR ALLE MÜTTER

Da gab's bei Coop schon bisher den vollen Lohn statt der gesetzlichen 80 Prozent, aber in den ersten zwei Dienstjahren nur während 14 Wochen, danach während 16 Wochen. Neu gibt's für alle 18 Wochen Mutterschaftsurlaub zum vollen Lohn. «Spitze» findet das die 49jährige Karich, die bereits mit 22 Mutter wurde, als es noch gar keinen Mutterschaftsurlaub gab. «Das ist ein Sieg für alle jungen Frauen, die Mami werden.»

Mehr als ein Dutzend weitere Verbesserungen gibt es im neuen Coop-GAV. Unia-Mitglied Karich nennt zwei, die ihr wichtig sind: Neu gibt's 15 Tage Adoptionsurlaub, und mehr Eltern profitieren von finanziellen Beiträgen an die externe Kinderbetreuung. Bisher hatten nur Alleinerziehende Anspruch auf Unterstützung, neu sind es alle Eltern.

Ist Karich jetzt wunschlos glücklich bei Coop? Sie lacht und sagt, es gebe noch viel zu verbessern.

Lohnrunde: Keine Einigung

Es war eine lebhafte Diskussion und ein knappes Ergebnis: Am Schluss lehnte die Unia-Fachgruppe Coop das Lohnpaket des Grossverteilers für 2022 ab. Mit 10 zu 9 Stimmen. Der Vorschlag von Coop war: Für alle Löhne bis 4400 Franken eine generelle Erhöhung von 40 Franken. Und zwei Drittel von denen, die davon nicht profitieren, bekommen individuelle Lohnerhöhungen.

UNGENÜGEND. Zwar begrüsste ein Teil der Delegierten, dass Coop erneut die tiefsten Löhne mit einer generellen Lohnerhöhung verbessern will. 40 Franken seien aber nicht genug, so die knappe Mehrheit. Unia-Frau Anne Rubin: «Im Jahr zwei der Pandemie versorgen die Mitarbeitenden die Bevölkerung weiterhin unter sehr schweren Bedingungen. Mit dem Angebot von Coop fühlen sich die Delegierten in ihrer Arbeit zu wenig anerkannt.» (che)

INSERAT

Mystery Shopping: Detailhändler bespitzeln ihre Mitarbeitenden

Obacht, Fake-Kunden!

TEST-KUNDEN: 11 von 15 Schweizer Detailhändlern spionieren ihre Verkäuferinnen und Verkäufer aus. FOTO: KEYSTONE

Echter Kunde oder Testkaufkunde? Fast alle Detailhändler schicken ihren Mitarbeitenden «Mystery Shopper» auf den Hals. Häufig ohne Ankündigung!

CHRISTIAN EGG

Fust-Verkäufer K. aus Zürich zeichnet sich durch eine «äusserst angenehme und zuvorkommende Beratung» aus. Und sein Kollege Ö. aus Kreuzlingen hat «eine Prämie für seine Leistung verdient». Diese Benotungen der Fust-Mitarbeitenden sind auf der Fust-Website einsehbar. Sie stammen nicht von ihren Vorgesetzten, sondern von Kundinnen und Kunden.

Auch Coop spannt die Kundschaft ein, um den Mitarbeitenden Noten zu geben. Etwa punkto Freundlichkeit. Verkäuferin Maria Weibel* musste sich wegen solcher negativer Kommentare kürzlich unangenehme Fragen von ihrem Chef anhören (siehe Text unten).

* Namen geändert

Doch was bisher kaum bekannt ist: Nicht nur die Kundschaft gibt Noten. Bei fast allen Firmen im Detailhandel sammelt mittlerweile ein Heer von «Testkaufpersonen» Informationen über die Verkäuferinnen und Verkäufer.

FIESE SCHNÜFFLER-TRICKS

«Mystery Shopping» heisst die Methode: Eine Person gibt sich als normale Kundschaft aus, rapportiert aber alles den Vorgesetzten. Trug die Verkäuferin das Namensschild? War sie freundlich? Fragte sie nach der Kundenkarte? Hat sie den 25-Prozent-Rabattkleber auf dem Fleischkäse bemerkt?

Dabei bedienen sich die Schnüfflerinnen und Schnüffler durchaus auch fieser Tricks. Aldi-Verkäuferin Sandra Ruf* hat's erlebt: «Jemand kommt mit einer Kiste Wein an die Kasse. Aber ein paar von den sechs Flaschen sind von einer anderen, teureren Sorte. Wenn wir das nicht bemerken, gibt's ein Gespräch mit dem Filialleiter.»

11 von 15 Detailhandelsketten in der Schweiz setzen heute Mystery Shopper ein oder haben dies in letzter Zeit getan. Darunter Coop, Denner, Aldi, Lidl, Ikea, Interdiscount und Fust. Sowie die beiden Telecomunternehmen Swisscom und Sunrise UPC. Das ergibt eine work-Umfrage unter den Grössten. Nur vier Firmen geben an, ganz auf Mystery Shopping zu verzichten: H&M, Volg, Landi und Sunrise.

Die Migros-Medienstelle weiss zwar von keinen Mystery Shoppern im Unternehmen. Allerdings findet sich auf der Website der Firma Smart Concept, einer Anbieterin von Testkaufpersonen mit Sitz in Volketswil ZH, ein Statement der Migros Aare, die sich für die «angenehme Zusammenarbeit» bedankt. Diese räumt auf Nachfrage ein, sie habe «in der Vergangenheit punktuell» Testkaufpersonen eingesetzt.

UNNÖTIGER STRESS

Auch Manor behauptet, man setze keine Mystery Shopper ein und habe dies nur «in der Vergangenheit punktuell» getan. Ein wenige Wochen altes internes Dokument, das work vorliegt, spricht allerdings eine andere Sprache. Manor warnt dort das Verkaufspersonal: «Es sind nach wie vor viele Testkunden in den Häusern unterwegs.»

Offensichtlich spielen die Firmen gerne etwas Versteckis beim Ausspionieren der Mitarbeitenden. Das ist heikel. Denn laut Datenschutzgesetz muss das Beschaffen von Daten grundsätzlich «für die betroffene Person erkennbar sein». Und das ist bei Testkäufen nicht

Beim Ausspionieren spielen die Firmen gerne Versteckis.

der Fall. Laut Anne Rubin von der Unia müssen die Firmen deshalb im Minimum ankündigen, in welchem Zeitraum sie die getarnten Shopper ausschicken. Denn diese brächten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unnötigen Stress: «Die permante Ungewissheit, ob man gerade kontrolliert wird, ist eine zusätzliche Belastung. Und steht in keinem Verhältnis zum potentiellen Erkenntnisgewinn für die Firmen.»

Die work-Recherche zeigt aber: Nicht einmal dieses Minimum halten alle ein. Aldi schreibt zwar, die Mitarbeitenden seien über mögliche Testkäufe «in Kenntnis gesetzt». Doch Aldi-Verkäuferin Ruf widerspricht: «Wir werden vorgängig nicht informiert.»

Kundenbenotungen: «Nicht mit dem Arbeitsrecht vereinbar»

Ein Smiley hier, ein paar Sternli dort: Wer will, kann fast nach jedem Einkauf eine Note abgeben. Online sowieso. Aber immer öfter auch nach einem Ladenbesuch. Bereits flächendeckend durchgesetzt hat sich dies in der Telecombranche. Sowohl Swisscom, Sunrise wie auch Salt lassen ihre Mitarbeitenden durch die Kundinnen und Kunden bewerten. Mehr noch: Bei allen drei Unternehmen hat die Zufriedenheit der Kundschaft einen direkten Einfluss auf den Lohn der Mitarbeitenden. Rechtlich ist das heikel. Arbeitsrechtler Jean Christophe Schwaab kritisiert, dass die Kundschaft nicht dafür ausgebildet sei, Mitarbeitende zu beurteilen. Die Bewertungen seien zudem «weder transparent noch objektiv». Das sei mit dem Arbeitsrecht nicht vereinbar.

NOCH MEHR DRUCK. Auch die Coop-Kundschaft kann seit zwei Jahren via Supercard-App Noten vergeben. Ein bis fünf Sterne sind möglich: zur Auswahl der Waren, zur Frische, zur Freundlichkeit des Personals. Plus ein Kommentar.

Michael Steiner*, stellvertretender Filialleiter in der Region Bern, sagt dazu: «Eigentlich ist es schön, ein Feedback von den Kunden zu haben.»

Aber er frage sich schon, ob die Kommentare fundiert und fair seien: «Die Leute sehen nicht, dass wir vom

«Frau Weibel lächelt nicht mehr.»

KUNDEN-KOMMENTAR

Morgen bis am Abend am Seckle sind. Wenn dann einer reklamiert, er habe zwei Minuten an der Kasse warten müssen, dann stresst das zusätzlich.»

Das hatte auch Coop-Verkäuferin Maria Weibel* gemerkt. Sie sagt, sie sei eigentlich ein fröhlicher Mensch, hatte aber kürzlich eine persönliche Krise. «Dann gab es viele Kommentare: Frau Weibel geht es nicht gut, sie lächelt nicht mehr.» Darauf sprach der Chef sie an und fragte, was los sei. Weibel: «Das war sehr unangenehm. Ich empfand das als Verletzung meiner Privatsphäre.»

Coop schreibt, das Feedback werde den Mitarbeitenden grundsätzlich in Team-Meetings mitgeteilt. Wiederholt negative Rückmeldungen könnten aber «ein Anlass für konstruktive Gespräche» mit einzelnen Mitarbeitenden sein. (che)

* Namen geändert

la suisse existe
Jean Ziegler

DIE SCHWEIZ IN DER WELTREGIERUNG

August 1941: Die Nazi-Monster beherrschen fast den ganzen europäischen Kontinent. Vor der Küste von Neufundland ankert im sturmgepeitschten Nordatlantik der amerikanische Kreuzer «USS Augusta». An Bord sind der britische Premier Winston Churchill und US-Präsident Franklin Delano Roosevelt.

Die reaktionären Uno-Feinde werden alles tun, um die Schweizer Diplomatie zu sabotieren.

Trotz der schrecklichen weltpolitischen Lage glauben sie felsenfest an den Sieg der Demokratien. Sie entwerfen die Atlantik-Charta, das Ursprungsdokument der kommenden neuen Weltordnung, der Uno, die dann vier Jahre später Wirklichkeit werden sollte.

NOTBREMSE. *Ein Streit entzweite die beiden Unbeugsamen. Roosevelt wollte eine radikal demokratische Uno, in der jeder Staat, ob gross oder klein, genau die gleichen Rechte und Pflichten hat. Churchill widersprach: Auch eine radikal demokratische Generalversammlung könnte die eigenen Werte zerstören. Siehe Deutschland. Im November 1932 gewannen die Nazis das relative Mehr im Reichstag. Im Januar 1933 wurde Adolf Hitler Kanzler. Drei Wochen später stimmte das Parlament dem Ermächtigungsgesetz zu und schaffte sich selbst ab. Churchill meinte deshalb, es brauche eine Notbremse, eine Exekutive, die einen eventuell demokratisch verordneten Wahnsinn stoppen könnte.*
Churchill gewann. Heute ist der Sicherheitsrat so etwas wie eine Weltregierung. Ihre Resolutionen sind Völkerrechtsnormen.
Diese Weltregierung besteht aus den fünf ehemaligen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, die jede ein Vetorecht besitzt. Hinzu kommen zehn nicht permanente Mitgliedstaaten. Sie werden alle zwei Jahre gewählt. Die 193 Uno-Staaten sind in fünf Ländergruppen organisiert. Jede hat Anrecht auf zwei Sitze. Die Schweiz gehört zur westeuropäischen Ländergruppe.

HEIMATFRONT. *Nach Ansicht der Beobachterinnen und Beobachter hat die Schweiz eine aktive, erfindungsreiche, überaus angesehene Diplomatie. Schweizer Diplomatinnen und Diplomaten kämpfen hinter den Kulissen seit drei Jahren für ihre Mitgliedschaft in den Jahren 2023 und 2024. Mit Erfolg: Für die im Juni nächsten Jahres vorgesehene Wahl hat die westeuropäische Ländergruppe Malta und die Eidgenossenschaft vorgeschlagen. Ihre Wahl wäre ein grossartiger Erfolg unserer Diplomatie.*
Das Problem ist allerdings die Heimatfront. 2002 stimmten 54 Prozent des Volkes für den Uno-Beitritt. Dabei war jedoch das Kantonsmehr äusserst knapp, ein einziger Halbkanton sorgte dafür! Seither bleibt die Opposition stark, insbesondere jene der SVP. Ihr Nationalrat Franz Grüter sagt: «Ordnungspolitisch, aussenpolitisch und neutralitätspolitisch ist die Kandidatur einer der grössten Fehler, welche die Schweiz je begangen hat.»
Die reaktionären Uno-Feinde werden alles tun, um die Schweizer Diplomatie zu sabotieren. Deshalb ist Alarm geboten. Die Schweiz darf nicht zu einem Passivmitglied der Weltregierung degradiert werden. Dafür müssen linke und grüne Parlamentarierinnen und Parlamentarier und die Gewerkschaften sorgen.

work wird 20 Jahre alt! Ich gratuliere der kämpferischen Gewerkschaftszeitung herzlich zum runden Geburtstag!

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neustes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Ist die Unia ein Konzern? …

… und 13 weitere Fragen zum Geld der grössten Gewerkschaft der Schweiz

In den vergangenen Wochen haben bürgerliche Politiker, Arbeitgeber-Funktionäre und ihnen geneigte Journalisten versucht, die finanziellen Verhältnisse der Unia zu skandalisieren. Und damit der Unia zu schaden. work hat sich die Jahresrechnungen angeschaut. Und sagt, was ist.

CLEMENS STUDER

Versteht sich die Unia als «Konzern»?
Nein, auch wenn das gewisse Journalisten und Arbeitgeber-Funktionäre behaupten. Die Unia ist als Verein und Stiftung organisiert und muss keine Aktionärinnen und Aktionäre befriedigen.

Warum führt die Unia denn eine «Konzernrechnung»?
Weil es das Obligationenrecht (OR Art. 963) so vorschreibt. Eine Konzernrechnung muss erstellt werden, wenn eine «rechnungslegungspflichtige juristische Person» ein oder mehrere Unternehmen kontrolliert.

Ist diese Unia-Konzernrechnung intransparent?
Nein. Die Konzernrechnung und die darin aufgeführten Einzelrechnungen werden gemäss geltenden Rechnungslegungsstandards erstellt und von unabhängigen Revisionsgesellschaften geprüft und testiert.

Wem gehört die Unia eigentlich?
Die Unia ist ein Verein, der wie jeder Verein seinen Mitgliedern gehört.

Was gehört alles zur Unia?
In der Konzernrechnung sind nebst der Gewerkschaft Unia und der Stiftung Unia auch die Beteiligungen an den beiden Hotels Bern in Bern und Freienhof in Thun, die Liegenschaftsverwaltungsgesellschaft Zivag, die Beteiligungen an der «Typo Offset Aurora SA» sowie an mehreren Immobiliengesellschaften enthalten. In der Gewerkschaft Unia ist das gewerkschaftliche Tagesgeschäft organisiert. Die Stiftung Unia finanziert aus ihren Vermögenserträgen Aus- und Weiterbildungsleistungen, Rechtsschutzleistungen und Notlagenunterstützungen von rund 6,7 Millionen Franken pro Jahr. Sie unterstützt zudem den gemeinnützigen Wohnungsbau mit Darlehen und Beteiligungen. Gelder der Stiftung Unia können einzig für jene Zwecke eingesetzt werden, die in den Statuten festgelegt sind. Eine Finanzierung der Gewerkschaft Unia oder ihrer Mitglieder ausserhalb dieser Zwecke ist ausgeschlossen. Die Stiftung Unia unterliegt der Stiftungsaufsicht des Innendepartements EDI.

Das Unia-Vermögen ist das Ergebnis einer 100jährigen, nachhaltigen Finanzpolitik.

Wie reich ist die Unia?
Ende 2020 betrug das gesamte Eigenkapital des «Unia-Konzerns» 457 Millionen Franken. Konkret: einem Umlaufvermögen von 62 Millionen und einem Anlagevermögen von 773 Millionen standen Schulden von 378 Millionen gegenüber.

Woher kommt das Vermögen der Unia?
Das Vermögen der Unia ist das Ergebnis einer über 100jährigen, nachhaltigen Finanzpolitik. Bereits die Vorgängergewerkschaften der Unia gingen umsichtig mit den Beiträgen der Mitglieder um und konnten darum schon früh Fonds für Unterstützungsleistungen und später für Streiks anlegen. Zentral ist auch: Gewerkschaften mussten und müssen keine Aktionärinnen und Aktionäre befriedigen. Die Erträge aus Unia-Liegenschaften und Finanzanlagen dienen dazu, Leistungen an die Mitglieder zu finanzieren.

Woher kommen die Einnahmen der Unia?
Die Mitgliederbeiträge betragen 58,1 Millionen Franken, die Entschädigung für die Führung der Arbeitslosenkasse 50,2 Millionen (siehe Seite 12), jene für die Führung von Sekretariaten von paritätischen Kommissionen 29,2 Millionen. Und die Erträge aus dem Liegenschaften- und Finanzvermögen tragen 21,3 Millionen Franken bei (alle Zahlen 2020).

Sind die Unia-Beiträge zu hoch?
Die Mitgliederbeiträge sind nach Lohn gestaffelt. Der durchschnittliche Monatsbeitrag für die über 180 000 Mitglieder liegt bei 30 Franken. Die Unia-Mitgliederbeiträge gibt's hier: **rebrand.ly/mitgliederbeitraege.** Unia-Mitglieder, die unter einem GAV arbeiten, zahlen zusätzlich einen Vollzugskostenbeitrag. Da sie damit doppelt für den GAV-Vollzug bezahlen würden, wird ihnen von der jeweiligen paritätischen Berufskommission ein Teil davon zurückerstattet. Die Auszahlung läuft über die Unia.

Unia-Mitglieder profitieren von kostenlosem Rechtsschutz bei Problemen am Arbeitsplatz; sie erhalten im Fall der Fälle Streikgeld; sie können sich am Bildungsinstitut Movendo kostenlos weiterbilden, erhalten eine sprachregionale Zeitung wie work, und sie profitieren von zahlreichen Vergünstigungen (zum Beispiel Ferienangebote und Reka-Checks).

Verdient die Unia an den Arbeitslosen?
Die Unia führt die grösste Arbeitslosenkasse der Schweiz. Sie ist auch die einzige, die in der ganzen Schweiz vertreten ist. Für ihren Aufwand wird sie entschädigt – so wie alle anderen privaten und öffentlichen Arbeitslosenkassen auch. Die Führung der Arbeitslosenkasse ist für die Unia kein «Geschäft» sondern eine Dienstleistung für Mitglieder und Nichtmitglieder (siehe Artikel Seite 12). Die Unia-Kasse erreicht in der letzten Bewertung überdurchschnittliche Noten und hat während der Corona-Pandemie das System der Arbeitslosenkassen vor dem Kollaps bewahrt.

Verdient die Unia an den Gesamtarbeitsverträgen?
Nein. Für die Kontrolle und den Vollzug von GAV sind paritätische Kommissionen zuständig. Für solche erbringt die Unia Verwaltungsleistungen. Die Entschädigungen dafür sind klar definiert und decken die anfallenden Kosten. Auch das ist kein «Geschäft» für die Unia, sondern eine Dienstleistung für Mitglieder und Nichtmitglieder. Übrigens: Über alle GAV hinweg werden rund ein Drittel der Sekretariate der paritätischen Kommissionen bei den Arbeitgebern, rund ein Drittel bei den Gewerkschaften und rund ein Drittel bei externen Treuhandunternehmungen geführt.

Weil die Schweiz keinen gesetzlichen Mindestlohn und generell ein schwaches Arbeitsgesetz hat, sind Gesamtarbeitsverträge (GAV) so wichtig. Sie sorgen für Mindestlöhne und ein Mindestmass an Schutz für 2 Millionen Arbeitnehmende – auch für Nichtgewerkschaftsmitglieder. Doch diese Verträge wirken nur, wenn ihre Umsetzung in der Praxis auch kontrolliert wird. Gleiches gilt für die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit der EU.

Ist die Unia ein Immobilien-Hai?
Über die Jahrzehnte und insbesondere im Aufschwung der Nachkriegsphase haben die Vorgängergewerkschaften der Unia das angesparte Vermögen zu einem grossen Teil in Liegenschaften angelegt. Sie haben einerseits Gebäude für den Betrieb der Sekretariate erworben oder gebaut und andererseits in Wohnliegenschaften in der ganzen Schweiz investiert. Heute besitzt die Unia rund 150 Liegenschaften mit 2800 Wohnungen.

Wofür braucht die Unia das Geld?
Die Unia ist die grösste Gewerkschaft des Landes. Getragen von ihren Mitgliedern aus Industrie-, Bau- und vielen Dienstleistungsberufen. Um deren Sorgen und Anliegen kümmern sich 1200 Mitarbeitende. Sie beraten, unterstützen und informieren sie bei allen Fragen, die mit der Arbeitswelt zu tun haben – in sieben Sprachen. Die Gewerkschaft verteidigt ihre Mitglieder bei individuellen Konflikten am Arbeitsplatz oder im Sozialversicherungsbereich. Allein hier erreichen Unia-Fachleute für Unia-Mitglieder jährlich über 10 Millionen Franken Abgeltungen. Und die Unia hilft ihren Mitgliedern dabei, sich kollektiv zu organisieren und sich gemeinsam gegen Angriffe auf ihre Arbeitsbedingungen zu wehren: in einzelnen Betrieben, auf Ebene der Branchen und der Politik. Notfalls auch mit Streiks.

Wie teuer sind Arbeitskämpfe?
Streiks und andere Kampfmassnahmen gehen für Gewerkschaften schnell ins Geld. Denn nur wenn den Arbeiterinnen und Arbeitern ein Lohnausfall bezahlt werden kann, können sich diese für ihre Interessen wehren.

Ein paar Beispiele: Der einmonatige Streik bei Swissmetal in Reconvilier 2006 kostete die Unia mehr als 1 Million Franken an direkten Arbeitskampfkosten. Nach den Streiks in Reconvilier verklagte Swissmetal-Besitzer Laxey – ein «Heuschreckenfonds» – die Unia auf 10 Millionen Schadenersatz. Letztlich zum Glück ohne Erfolg – aber Millionenklagen sind ein beliebtes Drohmittel der Arbeitgeber. Eine finanziell schwache Gewerkschaft ist deshalb weniger kämpferisch. Ebenfalls eine Million Franken direkte Kosten fielen 2008 für die Unia beim Streik in den Tessiner SBB-Werkstätten an. Zwei Wochen Arbeitskampf im kampferprobten Bauhauptgewerbe würden die Unia gegen 50 Millionen Franken kosten. Will die Gewerkschaft glaubhaft mit einem weiteren Streik drohen können, muss nochmals ein Betrag in dieser Grössenordnung zur Verfügung stehen. Wie wichtig es ist, dass eine Gewerkschaft über entsprechende finanzielle Mittel verfügt, zeigt ein Beispiel aus der Baubranche (siehe Box).

Streiks gehen für Gewerkschaften schnell ins Geld.

MÄCHTIGES ZEICHEN: 18 000 Bauleute gingen 2018 in Zürich auf die Strasse, nachdem der Baumeisterverband die Rente 60 frontal angegriffen hatte. Mit Erfolg: die Rente mit 60 gibt's bis heute. FOTO: UNIA

Streikkasse: Wie sich die Baumeister einst täuschten

Die Finanzkraft einer Gewerkschaft wird von der Kapitalseite sehr genau beobachtet. Schätzen Arbeitgeber die Gewerkschaften als schwach ein, versuchen sie sofort, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. So auch die Baumeister 2006. Als die Unia nach der Fusion ein Sparprogramm aufsetzen musste, um das Budget ausgeglichen zu halten, witterten die Baubosse ihre Chance. Sie meinten, in der Streikkasse der Unia herrsche Ebbe – und versuchten prompt, einen lang gehegten Wunsch umzusetzten: Ende 2006 forderte der Baumeisterverband plötzlich einen ausgehöhlten «Landesmantelvertrag (LMV) light» und provozierte auf Anfang 2007 einen vertragslosen Zustand.

ÜBERZEUGEND. Der ehemalige Unia-Co-Präsident Andreas Rieger erinnert sich: «Ich musste den damaligen SBV-Präsidenten Werner Messmer überzeugen, dass wir einen mehrmonatigen vertragslosen Zustand und grössere Streikaktionen finanziell problemlos überstehen würden.» Zu ersten Kampfmassnahmen der Bauleute kam es Anfang 2007. Diese zeigten die Aktionsbereitschaft der Gewerkschafter eindrücklich. So eindrücklich, dass die Baumeister nach einigen Monaten den LMV ohne Abstriche wieder unterzeichneten. (cs)

Auch das ist die grösste Gewerkschaft der Schweiz

Menschen, Zahlen, Fakten und Summen

Zusammengestellt von Clemens Studer

115 Millionen
So hoch ist der Personalaufwand der Unia. Sie beschäftigt 1200 Mitarbeitende. Rund ein Drittel davon arbeiten für die Arbeitslosenkasse. Der höchste Lohn ist 3,1 mal höher als der tiefste.

30 Franken
pro Monat beträgt der Gewerkschaftsbeitrag im Durchschnitt für die Unia-Mitglieder.

2015
Seit diesem Jahr ist die Unia wegen ihrer Grösse verpflichtet, eine Konzernrechnung zu führen.

129 Delegierte
Die detaillierte Rechnung und die Bilanz der Unia werden jedes Jahr den Delegierten zur Genehmigung vorgelegt. Zuvor wird sie von der Revisionsgesellschaft geprüft.

67 Zahlstellen
Die Arbeitslosenkasse der Unia ist die grösste des Landes und die einzige nationale. Sie führt 67 Zahlstellen und bezahlt im Schnitt jährlich 1 Milliarde Entschädigung aus.

2 Millionen
Lohnabhängige profitieren von GAV. Auch Nicht-Gewerkschaftsmitglieder.

10 MILLIONEN
Franken an Entschädigungen holt die Unia raus für ihre Mitglieder bei individuellen Konflikten am Arbeitsplatz und mit Sozialversicherungen im Schnitt pro Jahr.

2018
2018 legte die Unia im Kanton St. Gallen Rekurs gegen die Veranlagung im Steuerjahr 2015 ein. Und sie zog den Rekurs weiter bis vor Bundesgericht. Dabei wurden auch weitere 18 Kantone überprüft. Denn die Kantone berechneten die Vermögenssteuern nach unterschiedlichen Methoden. Das führte dazu, dass das Unia-Vermögen teilweise zu hoch besteuert wurde. So sah es auch das Bundesgericht und wies die 19 Kantone an, die Unia korrekt zu veranlagen. Statt über den Erfolg der Gewerkschaft zu berichten, skandalisierten Zürcher Medien das Unia-Vermögen.

Rund 2800 Wohnungen
besitzt die Unia. Die Mieten liegen laut einer unabhängigen Bewertung rund 30 Prozent unter dem Marktniveau.

457 Millionen
So hoch ist das Eigenkapital des «Konzerns» Unia. Also die Differenz zwischen dem Wert von Immobilien und Finanzanlagen und den darauf lastenden Schulden. Konkret: Einem Umlaufvermögen von 62 Millionen und einem Anlagevermögen von 773 Millionen standen Schulden von 378 Millionen gegenüber.

151 Häuser
So viele Häuser gehören der Unia. Viele davon nutzt sie selber für ihre Sekretariate und die Arbeitslosenkasse. 10 Prozent des Immobilienertrages sind Eigenmieten. (siehe Seite 12)

182 710
Lohnabhängige, Rentnerinnen und Rentner aus Bau-, Industrie- und vielen Dienstleistungsberufen bilden die Basis der Unia.

67 000 Franken
Das war der Gewinn des Vereins Gewerkschaft Unia im Jahr 2020.

Die Wut der Rechten auf die Unia-Arbeitslosenkasse

Erfolgreich, beliebt – und immer wieder angefeindet

Mehr als 30 Arbeitslosenkassen gibt es in der Schweiz. Jene der Unia ist die grösste. Von den Versicherten bekommt sie gute Noten, von den Rechten schlechte. Das hat Tradition.

SUPER JOB: Teamleiterin Valentina Kastrati und ihre Kolleginnen und Kollegen leisten bei der Unia-Arbeitslosenkasse gute und effiziente Arbeit. FOTO: FRANZISKA SCHEIDEGGER

CLEMENS STUDER

Auch in der aktuellen Kampagne gegen die Unia ist ihre Arbeitslosenkasse ein Thema. Sie ist die grösste der Schweiz. Im Jahr 2020 hat sie rund 1,5 Milliarden Franken ausgezahlt, und sie hat einen Marktanteil von 25 Prozent. Die Arbeitslosenkasse der Unia ist die einzige, die im ganzen Land vertreten ist. Mit 67 Zahlstellen ist sie nahe bei den Menschen. Sie ist offen für alle Arbeitnehmenden – ob Unia-Mitglieder oder nicht. Und die Betroffenen sind mit den Leistungen zufrieden. Das zeigt eine Befragung von 141 772 Stellensuchenden, die das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) zwischen dem 6. Mai und 11. Juni dieses Jahr durchgeführt hat. Bei der Beurteilung, ob die Stellensuchenden insgesamt mit den Dienstleistungen ihrer Arbeitslosenkasse zufrieden seien, gaben die Versicherten der Unia-Arbeitslosenkasse eine Note 5,0 von 6,0, während der Durchschnitt aller Arbeitslosenkassen bei 4,9 lag.

Beliebter Mythos der Rechten gegen die Unia-Kasse: eine «Sondergenehmigung», die es nicht gibt.

CORONA-TAUGLICH

Die Mitarbeitenden der Unia-Arbeitslosenkasse haben gerade auch während der Corona-Pandemie Ausserordentliches geleistet und die Auszahlung von Arbeitslosen- und Kurzarbeitsgeldern gewährleistet, während andere Kassen an ihre Grenzen stiessen. Es gab kantonale Kassen, die während Monaten keine oder nur noch sehr wenig neue Versicherte aufgenommen hatten. Die Unia-Kasse ist da überall in die Bresche gesprungen und hat dies mit Sondereinsätzen aufgefangen. An die Grenzen stiess zum Beispiel auch die zweitgrösste Kasse – jene des Kantons Zürich. Dort mussten Stellenlose zum Teil monatelang auf die Auszahlung ihrer Taggelder warten. Wer nicht «zufällig» ein paar Monatslöhne auf der hohen Kante hat, gerät da ganz schnell in grosse Not. Betroffene baten in ihrer Verzweiflung auf Facebook gar um Lebensmittelspenden – und sorgten landesweit für traurige Schlagzeilen.

MEHR EFFIZIENZ

Das alles war den bürgerlichen Parlamentarierinnen und Parlamentariern keine Wortmeldung wert. Viel lieber feuern sie Interpellation um Interpellation ab, deren einziger Zweck darin zu bestehen scheint, in den gestellten Fragen die Integrität der Unia-Arbeitslosenkasse in Frage zu stellen. Beliebter Mythos ist dabei die angebliche «Sondergenehmigung» für die pauschale Abrechnung der Verwaltungskosten, bei der die Kasse die Schwankungsrisiken des Arbeitsmarktes selber trägt. Mal um Mal stellt die Landesregierung klar: «Der Bundesrat hat der Unia keine Sondergenehmigung zum pauschalen Abzug ihrer Verwaltungskosten erteilt. Alle Arbeitslosenkassen konnten die Methode für die Dauer der Vereinbarung 2019 bis 2023 frei wählen. Nur die Unia wählte diese Pauschalmethode für die gesamte Laufzeit des Vertrags. Bei dieser Methode muss der Fonds auf Anfrage auch die tatsächlichen Verwaltungskosten vorlegen.» Übrigens: das macht das Seco als Aufsichtsbehörde auch – und kontrolliert damit, dass die pauschal abgerechneten Kosten tiefer sind als bei den übrigen Kassen, die ihre tatsächlichen Kosten abrechnen. Das zeigt: die Pauschalmethode führt zu mehr Effizienz.

ALLEIN AUF WEITER FLUR

Die Wut der Rechten auf die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften hat eine jahrzehntelange Tradition. Denn bereits vor über 100 Jahren haben Gewerkschaften die ersten Arbeitslosenkassen gegründet. Sie blieben lange Zeit die einzigen und verhinderten in den Wirtschaftskrisen viel Not und Leid. Eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung gibt es in der Schweiz erst seit 1977. Vorher hatten die bürgerlichen Parteien eine solche immer wieder verhindert.

Die Unia hat viele Immobilien – um mobil zu bleiben

Die Häuser der Unia sind keine Villen

Die Unia besitzt rund 150 Immobilien: Hotels, Gewerberäume und rund 2800 Wohnungen. Sie sind 436 Millionen Franken wert.

CLEMENS STUDER

Schon die Vorgängergewerkschaften der Unia wussten: Aus eigenen Häusern können sie nicht vertrieben werden. Deshalb legten sie das Geld ihrer Mitglieder verantwortungsvoll und nachhaltig in Immobilien an. Zuerst ging es darum, Räume für die gewerkschaftliche Arbeit zu schaffen und der Bewegung auch eigene Versammlungsräume und Betriebe wie Restaurants und Hotels für das gesellschaftliche Leben zur Verfügung zu stellen. Nach und nach kamen auch eigene Wohnimmobilien dazu. Und bis heute unterstützt die Unia mehrere Wohnbaugenossenschaften.

MIETEN UNTER MARKTNIVEAU

Per Ende 2020 hatten die Unia-Immobilien einen Buchwert von 436 Millionen Franken. Auf den rund 150 Immobilien lasten auch Hypotheken. Viele der Häuser nutzt die Unia selber für ihre Sekretariate und die Zahlstellen der Arbeitslosenkasse. Bei den anderen handelt es sich zu einem grossen Teil um Wohnliegenschaften. Ein kleinerer Teil wird gewerblich oder gemischt genutzt. Die Mieten für die rund 2800 Wohnungen sollen nicht Einzelpersonen bevorzugen und orientieren sich darum am Marktniveau. Dennoch liegen sie, wie eine unabhängige Bewertungsexpertise zeigt, rund 30 Prozent darunter.

Während des Corona-Lockdowns hat die Unia den Firmen, die wegen eines Behördenentscheids schliessen mussten, die Mieten zu 100 Prozent erlassen.

EGGHÖLZLI: Der Hauptsitz ist im Besitz der Unia. FOTO: KEYSTONE

GANZ OHNE SPEKULATION

In ihrem Furor, die Unia schlechtzumachen, verlieren die Gewerkschaftsfeinde im Parlament und auf gewissen Redaktionen auch gerne mal die Übersicht und vergessen, was sie eigentlich jetzt inhaltlich kritisieren wollen. Zuerst blasen sie die Gewerkschaft zum Immobilienhai auf. Um dann – nachdem die Zahlen bis hin zu den Abschreibungssätzen offen daliegen – zu mäkeln, die Unia schlage zu wenig Profit aus ihren Wohnungen. Damit zeigen sie, was sie wirklich stört: die Unia-Immobilien sind der Spekulation des Kapitals entzogen. Die Erträge der Unia-Immobilien fliessen in die gewerkschaftliche Arbeit zugunsten der Mitglieder. Damit die Unia beweglich und mobil bleibt.

Die Erträge der Unia-Immobilien fliessen in die gewerkschaftliche Arbeit.

work kommentar
Marie-Josée Kuhn

Kampagne gegen die «reiche Unia»

So heuchlerisch!

Ja, die Unia hat Geld. Hunderte von Millionen Reserven. Und das ist auch gut so, denn nur eine streikfähige Gewerkschaft ist auch eine erfolgreiche Gewerkschaft. Und streiken ist teuer. Der harte Streik der Bähnler in den SBB-Werkstätten in Bellinzona 2008 zum Beispiel: Er dauerte 33 Tage und kostete die Unia 1 Million Franken direkte Kosten. Mit ihm konnten die Streikenden die geplante Auflösung ihrer Werkstätten verhindern. Das zeigt: Nur eine Gewerkschaft, die Reserven hat, ist auch eine streikfähige Gewerkschaft. Umso mehr, als bestreikte Firmen gerne versuchen, streikführende Gewerkschaften mit einer Schadenersatzklage in die Knie zu zwingen. So geschehen beim Streik bei der Buntmetallherstellerin Swissmetal im jurassischen Reconvilier. Swissmetal-CEO Martin Hellweg verklagte die Unia 2006 auf 10 Millionen Franken. Die Firma wollte mit der Klage auch eine Grundsatzdebatte über die Legalität von Streiks und die Verantwortung von Gewerkschaften in Arbeitskonflikten lancieren. Doch die Unia liess sich nicht einschüchtern. Musste sich dank ihrem Polster nicht einschüchtern lassen. Irgendwann liess die Firma die Klage sang- und klanglos fallen.

Die Rechten mögen's einfach nicht, wenn die Linken Geld haben.

UNTERSCHWELLIG GIFTIGES. *Nur eine standhafte Gewerkschaft ist auch eine starke Gewerkschaft für ihre Mitglieder. Denn die können mit ihrer Hilfe Dinge durchsetzen: Betriebsschliessungen verhindern, Arbeitsplätze retten, Sozialpläne herausholen usw. Dem rasenden Kapitalismus einen kleinen Stecken in die Speichen schlagen. Und genau das gefällt den Kapitalisten gar nicht. Genauso wenig wie gewissen ihnen hörigen Journalisten bei «Tages-Anzeiger» und «Blick». Deshalb führen die jetzt eine Kampagne gegen die Unia. Tenor: Sie sei viel zu reich, und das sei ein Skandal! Viel unterschwellig Giftiges wird da verspritzt. Schliesslich geht es darum, das Image der Unia zu schädigen. Die Rechten mögen's einfach nicht, wenn die Linken Geld haben. Wenn die schon links sein müssen, dann bitte auch arm! Oder wie es unlängst FDP-Ständerat Ruedi Noser im Abstimmungskampf für die Konzernverantwortungsinitiative gegen die linken NGO formulierte: «Alle sollen ihre Meinung sagen, aber bitte nicht mit Millionenbeträgen.» So einfach sind die Rechten gestrickt, wenn es um den Mammon geht. Und so heuchlerisch.*

HEUCHLERISCH? *Und wie! Wer bodigt denn seit Jahrzehnten alles, was mehr Licht und Transparenz in Politik und Wirtschaft brächte? Von der Offenlegung der Parteienfinanzierung bis zur Offenlegung detaillierter Bilanzen? Genau die gleichen, die jetzt mit spitzem Finger auf die Unia zeigen und ihr Intransparenz vorwerfen. Dabei veröffentlicht «ihr» Think-Tank «Avenir Suisse» nur gerade sechs Kennzahlen (6!) aus seiner Jahresrechnung. Aber das ist offenbar was ganz anderes. Also lässt nun der Freisinn den Bundesrat via Fraktionsvorstoss hinterhältig fragen: «Wie ist es möglich, dass trotz den strikten regulatorischen Vorgaben Gewerkschaften ein solches Vermögen anhäufen?» Und suggeriert unrechtmässige Bereicherung. Während dieselbe Partei nicht halb so hektisch reagiert, wenn es um Blutgeld und Geldwäscherei im grossen Stil geht. Etwa um die Pandora-Papers, die einmal mehr aufzeigen, wie tief die Schweiz im globalen Fluchtgeld- und Steuerhinterziehungssumpf steckt. Da finden sie dann am Geldwäschereigesetz gar nichts auszusetzen. Das ist nicht logisch, aber eben ideologisch.*

Und zum Schluss noch ein wenig Klartext zu jenen, die die Unia in den Kommentarspalten mit allerlei Dreck bewerfen: Nein, die Unia-Präsidentin bezieht kein Abzocker-Honorar. Nein, die Unia knöpft ihren Mitgliedern nicht «horrende» Beiträge ab. Und nein, die Unia geriert sich nicht als Konzern, auch wenn sie eine Konzernrechnung hat. Das zeigen die Fakten und Zahlen auf den Seiten 10–12, die work zusammengestellt hat.

Pflege-Initiative: Für ein Ja am 28. November

Pflegerin Gerda Fiacco ist auch Botschafterin

Sie kann den Seniorinnen und Senioren, die sie pflegt, nicht genügend Lebensqualität bieten. Aus Zeitmangel. Darum hat sich Pflegehelferin Gerda Fiacco entschieden, für die Pflege-Initiative zu weibeln.

CHRISTIAN EGG

Jeden Abend geht Gerda Fiacco mit einem schlechten Gewissen nach Hause. Die Pflegehelferin betreut betagte Menschen in Pflegewohnungen der Stiftung Sawia in der Stadt Zürich. In der Theorie, sagt Fiacco, wären Stunden vorgesehen fürs gemeinsame Spielen, Kochen, Turnen mit den meist Demenzkranken, für leichte Arbeiten im Garten oder fürs Gestalten der Wohnung. Aber in der Praxis fehle ihr fast immer die Zeit: «Weil wir über die Jahre immer weniger Pflegende wurden.»

Jetzt reiche die Zeit gerade für die Körperpflege und fürs Kochen, sagt die 63jährige: «Aber eine gute Pflege wäre mehr als das.» Auf Dauer sei das frustrierend, und es lasse auch die zu Betreuenden emotional verkümmern. «Oft sagt jemand: Für was bin ich denn noch da? Das tut weh.»

TAUSENDE STELLEN UNBESETZT

Aktuelle Zahlen zeigen, welches Ausmass der Pflegenotstand mittlerweile angenommen hat: Fast 6000 Stellen sind unbesetzt. Und laut dem Bundesamt für Statistik braucht es schon in acht Jahren fast 40 000 zusätzliche Pflegende, weil wir immer älter werden. Und noch einmal so viele, um die Pensionierten und die vorzeitigen Abgänge zu ersetzen. Von denen, die in der Pflege arbeiten, fühlt sich fast die Hälfte ausgebrannt.

Um Politik und Arbeitgeber endlich zum Handeln zu bewegen, gehen die Pflegenden am 30. Oktober in Bern erneut auf die Strasse (Infos unter **unia.ch/pflegedemo**). Auch, um für die Pflege-Initiative zu werben, über die wir am 28. November abstimmen. Sie fordert bessere Arbeitsbedingungen und mehr Aus- und Weiterbildung für die Pflege sowie eine bessere Finanzierung der Pflegeleistungen durch die Krankenkassen. Pflegerin Fiacco weibelt schon seit Ende August für die Initiative. Denn sie ist eine von rund hundert Pflegebotschafterinnen der Unia. Alle haben das gleiche Ziel: Ein Ja am 28. November.

Bei ihr im Heim seien sehr viel Junge tätig, sagt sie: «Die haben ihren Fokus nicht so auf der Politik. Das motiviert mich umso mehr, mit ihnen darüber zu sprechen.»

Klar, dass da auch Fragen kommen. «Etwa, was denn der Unterschied sei zwischen der Initiative und dem Gegenvorschlag.» Worauf sie erklären kann, dass letzterer zwar eine Ausbildungsoffensive vorsehe, aber an den Arbeitsbedingungen nichts verbessern will. Und damit das Problem nicht löst, dass viele Junge bald nach der Ausbildung dem Beruf den Rücken kehen.

«Wir sind immer weniger Pflegende.»
GERDA FIACCO, PFLEGEHELFERIN

SELBER BETROFFEN

Auch Angehörigen von Bewohnerinnen und Bewohnern gibt sie einen Flyer und fragt, ob sie das Thema interessiere. Worauf sie oft die Rückfrage hört, ob sie denn von der Initiative betroffen sei. Ja, sagt sie dann: «Bessere Arbeitsbedingungen heisst weniger Personalwechsel, und schon das bringt eine bessere Pflege.»

Allerdings: Ob sie überhaupt nach Bern an die Demo kann, weiss sie noch nicht. Zwar hat sie schon früh für den 30. Oktober frei eingegeben, aber durch einen Fehler in der Personalplanung ist sie jetzt zur Arbeit eingeteilt. Seither sucht sie jemanden, der mit ihr abtauscht. Bisher ohne Glück. «Aber ich gebe nicht auf.»

GERDA FIACCO: «Bessere Arbeitsbedingungen bringen eine bessere Pflege.»
FOTO: JASMIN FREI

Berliner Pflegestreik: Nach mehr als vier Wochen knicken Klinikbetreiber ein

«Wir haben standgehalten, das ist ein irrer Erfolg»

Sieg für die Pflegenden von Vivantes und Charité: Endlich gibt es neue Verträge – für mehr Personal und mehr Entlastung.

DANIEL BEHRUZI, BERLIN

Einen solchen Spitalstreik hat Deutschland noch nicht gesehen: Mehr als vier Wochen legten die Mitarbeitenden der kommunalen Spitalkette Vivantes und das Unispital Charité ihre Arbeit nieder und damit die Gesundheitsversorgung Berlins weitgehend lahm. Täglich konnten streikbedingt rund 1200 Betten nicht belegt werden, über 20 Stationen waren komplett geschlossen. Dennoch setzte insbesondere der Vivantes-Konzern immer wieder auf Einschüchterungsversuche und Zeitspiel. Letztlich umsonst: Am 12. Oktober unterzeichnete der Klinikbetreiber ein Eckpunktepapier für den von der Gewerkschaft Verdi geforderten Tarifvertrag, wie wenige Tage zuvor bereits die Charité.

VERBESSERUNGEN ERSTREIKT: Hält ein Spital die neue Vereinbarung nicht ein, gibt's «Freizeitpunkte» für die Pflegenden.
FOTO: DPA

Der Kompromiss soll bis Ende November zu einem Tarifvertrag ausgearbeitet werden, und am 1. Januar in Kraft treten. Heike von Gradolewski-Ballin, Verdi-Verhandlungsführerin, sagt: «Die Vereinbarung wird dazu beitragen, die Gesundheitsberufe attraktiver und die Versorgung der Patientinnen und Patienten sicherer zu machen.» Für alle Stationen und Bereiche wird konkret definiert, wie viele Beschäftigte für wie viele Patientinnen und Patienten zur Verfügung stehen müssen. Werden diese «Patienten-Personal-Ratios» in einer Schicht unterschritten, erhalten die Pflegenden einen «Freizeitpunkt». Für je neun solche Freizeitpunkte gibt es 2022 einen zusätzlichen Tag frei. 2023 genügen dafür je sieben, 2024 je fünf Punkte. An der Charité reichen bereits im kommenden Jahr fünf Punkte für eine Freischicht. Zudem sollen die Tarifverträge die Ausbildungsqualität verbessern.

EXTREMER DRUCK

Krankenpflegerin Silvia Habekost, die in der Verdi-Tarifkommission aktiv ist, freut sich: «Wir haben uns gegen riesigen Widerstand durchgesetzt, das ist ein irrer Erfolg. Besonders Vivantes hat uns extrem unter Druck gesetzt – aber wir haben standgehalten.» Entscheidend dafür seien die gute Organisierung und die intensive Beteiligung der Beschäftigten am Verhandlungsprozess gewesen. Weit mehr als 2000 Berliner Spitalbeschäftigte sind der Gewerkschaft im Zuge des Tarifkonflikts beigetreten.

Habekost betont, dass ihr Engagement auch nach der Grundsatzeinigung weitergeht. «Wir müssen gut organisiert und aktiv bleiben – zum einen, damit die Entlastung in der Praxis auch ankommt. Zum anderen, weil wir unsere Kolleginnen und Kollegen in den Vivantes-Tochtergesellschaften in ihrem Kampf für bessere Bezahlung unterstützen.» Neben der Entlastung will Verdi erreichen, dass in allen Tochtergesellschaften ein Gesamtarbeitsvertrag gilt, der den Beschäftigten zum Teil mehrere hundert Euro mehr im Monat bringen würde.

«Vivantes hat uns extrem unter Druck gesetzt.»
PFLEGERIN SILVIA HABEKOST

Reinigungsbranche:

Putz-Löhne steigen

Wieder steigt der Mindestlohn für Reinigerinnen und Reiniger. Schon bald wird es keine Löhne unter 20 Franken mehr geben.

CHRISTIAN EGG

Plus zwei Prozent: Soviel steigt im nächsten Jahr der tiefste Mindestlohn in der Reinigungsbranche an. Und 2024 gleich noch einmal um zwei Prozent. Dann ist eine wichtige Wegmarke erreicht: 20 Franken pro Stunde. Mit den Zuschlägen für Ferien, Feiertage und 13. Monatslohn werden es 23 Franken 80 sein. Drunter gibt's ab dann keine Putz-Löhne mehr.

SAUBER: Der neue GAV macht Schluss mit schmutzigen Tricks.
FOTO: ADOBE STOCK

Das ist die wichtigste Verbesserung im neuen Gesamtarbeitsvertrag der Reinigung, der ab 1. Januar gilt. Ausgehandelt haben ihn die Gewerkschaften Unia, VPOD und Syna mit dem Arbeitgeberverband Allpura. Jetzt hat ihn der Bundesrat für allgemeinverbindlich erklärt. Das heisst, er gilt für Grossunternehmen wie ISS (6500 Mitarbeitende) oder Honegger (5000) genauso wie für Klein- und Kleinstfirmen. Fast 70 000 Reinigerinnen und Reiniger kommen in den Genuss des Vertrags.

«Wir sind noch nicht am Ziel.»
STEFANIE VON CRANACH, UNIA

PLUS 35 PROZENT

Damit setzen die Sozialpartner die gute Lohnentwicklung der letzten zwei Jahrzehnte fort. Als in der Branche 2004 der erste nationale GAV in Kraft trat, lag der tiefste Mindestlohn noch bei 16 Franken – damals noch ohne 13. Monatslohn. Zwanzig Jahre später sind es also 20 Franken, mal 13. Unia-Frau Stefanie von Cranach rechnet vor: «Das ist eine Lohnsteigerung von 35 Prozent.»

Trotzdem seien die Löhne noch zu tief, betont die Gewerkschafterin: «Wir sind noch nicht am Ziel! Wir werden uns weiter für bessere Löhne einsetzen.»

Die GAV-Löhne sind das eine. Doch in der Branche gibt es manche Firmen, die auf schmutzige Tricks setzen: Die paritätische Kontrollstelle stösst immer wieder auf Lohndumping.

Die Sozialpartner wollen deshalb den Vollzug des Vertrags intensivieren und noch mehr Kontrollen ermöglichen. Der Lohnabzug für die Vollzugskosten wird dafür leicht erhöht, von 0,6 auf 0,65 Lohnprozente. Gewerkschaftsmitglieder erhalten den Betrag zurückerstattet.

Ebenfalls auf die schwarzen Schafe zielt eine weitere Neuerung im Vertrag: Ab nächstem Jahr ist es den Firmen verboten, Löhne in bar auszuzahlen. Das macht die Kontrollen einfacher, sagt von Cranach: «Ein betrügerischer Chef kann nicht mehr behaupten, er habe die Löhne ja bezahlt. Jetzt muss er es belegen.»

Der zähe Einsatz der Unia in der Reinigung schlägt sich auch in den Mitgliederzahlen nieder: Heute zählt die Unia fast doppelt so viele Mitglieder aus der Branche wie vor zehn Jahren.

Zusätzlicher Kongresstag zum vierten ordentlichen Kongress der Gewerkschaft Unia

Nach der virtuellen Durchführung der beiden Kongresstage vom 4./5. Juni 2021 wird der Unia-Kongress mit einem zusätzlichen, in Präsenz durchgeführten Tag abgeschlossen. Auf Beschluss des Zentralvorstandes der Unia findet dieser in Biel statt am

26. Februar 2022

Die noch zu behandelnden Themen sind:

- Positionspapiere zu gewerkschaftspolitischen Themen:
  «Starke Arbeitnehmendenrechte – für alle gleich!»
  «Respekt, mehr Lohn, mehr Zeit!»
  «Ökosozialer Umbau!»
  «Solidarisch aus der Krise»
- Lancierung eines Initiativprojektes
- Allgemeine Anträge sowie Anträge zu Statuten und Reglementen
- Resolutionen aus den Organisationseinheiten

Danach Abschluss des Kongresses mit einem festlichen Teil.

Die Kongressdelegierten haben die Unterlagen bereits im Rahmen des Versandes für die beiden virtuell durchgeführten Kongresstage vom 4./5. Juni 2021 erhalten. Aufgrund der behördlichen Vorgaben gehen wir von einer Covid-Zertifikatspflicht aus – wir rufen in diesem Zusammenhang die Impfempfehlung der Unia in Erinnerung.

Zum Kongress eingeladen sind die bereits gewählten Delegierten der Regionen, Sektoren und Interessengruppen sowie die Mitglieder des Zentralvorstandes und der Geschäftsleitung.

All Inclusive-Tage
Das Rundumpaket für Geniesser und Entdecker
3 oder 5 Nächte inkl. Halbpension, alkoholfreie Getränke, Rigibahn- und Schifffahrtsticket, ab 513.00 pro Person

See- und Seminarhotel FloraAlpina, www.FloraAlpina.ch

Wir liefern eine Antwort!
Werde aktiv auf amnesty.ch

AMNESTY INTERNATIONAL

KURS AUF MINDESTLOHN: In immer mehr Kantonen gibt es gesetzliche Mindestlöhne. Als nächstes stimmen drei Zürcher Gemeinden darüber ab. FOTOS: KEYSTONE / MONTAGE: TNT

Gewerkschaftliche Forderung erhält Nobel-Unterstützung:

Noch mehr Rückenwind für einen Mindestlohn

Durch Mindestlöhne gehen definitiv keine Jobs verloren: Was die Gewerkschaften schon lange wussten, bestätigen jetzt auch drei Wirtschafts-Nobelpreisträger.

RALPH HUG

Im Kanton Zürich hat der Gewerkschaftsbund gleich drei Volksinitiativen eingereicht. Alle fordern einen Mindestlohn von 23 Franken, und alle auf Gemeindeebene, nämlich in der Stadt Zürich selber sowie in Winterthur und Kloten. Nächstes Jahr wird voraussichtlich zuerst im Flughafenort entschieden.

Bereits im letzten Juni haben in Basel die Stimmberechtigten einen gesetzlichen Mindestlohn von 21 Franken pro Stunde gutgeheissen. Zum Ärger der Arbeitgeber. Denn nun sind auch die Chefinnen und Chefs in den Tieflohnbranchen wie Reinigung oder Gastronomie gezwungen, Löhne zu zahlen, die zum Leben reichen. Das Verdikt zeigt: Mindestlöhne stehen hoch in der Gunst des Volkes. Zuerst in der West- und Südschweiz, wo in Neuenburg, Tessin, Jura und Genf kantonale Mindestlöhne erstmals durchkamen. Jetzt auch in der Deutschschweiz.

FALSCH-ARGUMENT

Der Zürcher Gewerkschaftsbund hat die lokale Strategie laut Präsident und Unia-Mann Lorenz Keller ganz bewusst gewählt. Denn in Städten sind die Chancen grösser, mit einer Lohnuntergrenze per Gesetz durchzukommen. Just im Flughafen Kloten gibt es noch viele Tieflohnjobs im Catering oder in der Abfertigung.

Das weiss auch die Klotener Stadtregierung. Gleichwohl lehnt sie die Gewerkschaftsinitiative «Ein Lohn zum Leben» ab. Mit der Begründung, es gingen dadurch Jobs verloren. Das ist das klassische Argument, mit dem früher Mindestlohnforderungen gebodigt wurden. Doch das Argument verfängt überhaupt nicht mehr. Umso weniger, als es nun auch drei US-Ökonomen als falsch entlarvt und dafür sogar noch den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhalten haben. David Card, Joshua D. Angrist und Guido W. Imbens untersuchten Ursachen und Wirkungen im Wirtschaftsleben. Unter anderem stellten sie die Behauptung auf die Probe, dass Mindestlöhne eine tiefere Beschäftigung zur Folge hätten. Dies ist der Glaube vieler neoliberaler Ökonomen, denen Gesetze im angeblich freien Markt ein Greuel sind. Die Preisträger konnten durch einen Vergleich der Entwicklung in zwei US-Staaten mit und ohne Mindestlohn zeigen, dass dies eben nicht der Fall ist. Zwar gab es schon früher immer wieder Studien, die negative Folgen von Mindestlöhnen auf die Beschäftigung verneinten. Doch jetzt darf dieser Einwand getrost als falsch und überholt angesehen werden.

Endlich Löhne, die zum Leben reichen.

PURE ANGSTMACHEREI

Dies erhöht die politischen Chancen der hängigen Mindestlohninitiativen in der Schweiz noch mehr. Die Angstmacherei der Klotener Stadtregierung, der Flughafen werde massenhaft Jobs verlieren, dürfte kaum mehr verfangen. Auch zwei Untersuchungen aus der Schweiz stärken die Position der Gewerkschaften. Letztes Jahr hat eine Studie der Universität Neuenburg ergeben, dass der im Jahr 2017 eingeführte kantonale Mindestlohn von knapp 20 Franken pro Stunde im Bereich der Gastronomie keineswegs zu einem Stellenabbau geführt hat. Und der Genfer Gewerkschaftszusammenschluss CGAS hat kürzlich Arbeitslosenzahlen verglichen. Ein Jahr nach der Einführung des Mindestlohns von 23 Franken in Genf hat er ebenfalls keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung festgestellt. Das Problem liege vielmehr darin, dass sich gewisse Chefs weigerten, den neu gesetzlich vorgeschriebenen Lohn zu zahlen.

Deutschland: Bald 12 Euro pro Stunde?

In Deutschland ist ein Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde in Griffweite. Die neue Koalition aus SPD, Grünen und FDP hat sich in den Verhandlungen auf diese Anhebung geeinigt. Falls sie mit SPD-Wahlsieger Olaf Scholz die neue Regierung stellt, wird der bisherige Mindestlohn von 9,60 Euro im nächsten Jahr spürbar steigen. Der gesetzliche Mindestlohn war 2017 in der Ära Merkel eingeführt, aber dann nur wenig verbessert worden. (rh)

Der Tessiner Mindestlohn ist in Gefahr

Widerstand gegen Pseudogewerkschaft wächst

Die Tessiner Gewerkschaften machen mobil gegen die neue Scheingewerkschaft Tisin.

JONAS KOMPOSCH

Was sie vom jüngsten Manöver der rechten Lega dei Ticinesi halten, machten 400 wütende Protestierende am 9. Oktober in Mendrisio klipp und klar: «Vergogna!» stand auf ihrem Demotransparent, «Schande!». Gemeint ist die hinterlistige Umgehung des Volksverdikts vom 14. Juni 2015. Damals sagte das Tessin deutlich Ja zur Einführung eines kantonalen Mindestlohns. Ab Dezember 2021 müssen nun Unternehmen ihren Mitarbeitenden mindestens 19 Franken pro Stunde zahlen. Mit einer gewichtigen und von der Unia seit je kritisierten Ausnahme: Firmen, die bereits einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) unterliegen, sind vom Tessiner Mindestlohngesetz ausgenommen. Prompt versuchen nun drei Industriebetriebe, diese Gesetzesschwäche zu missbrauchen: Lega-Führer Boris Bignasca rief zusammen mit zwei Vertrauten Tisin ins Leben, eine angebliche Gewerkschaft (work berichtete). Geschwind und ohne die betroffenen 800 Arbeiterinnen und Arbeiter zu fragen, schloss Tisin mit den drei Firmen einen GAV ab. Der tiefste Lohn darin: 16 Franken! Nun droht das Beispiel Schule zu machen.

Tisin billigt 16-Franken-Löhne.

AGGRESSIVE REKRUTIERUNG

Unia-Sekretär Vicenzo Cicero sagt: «Wir wissen bereits von 10 bis 20 weiteren Firmen, die am Vertrag mit Tisin interessiert sind.» Tisin selbst bestätigt dies nicht, fällt aber mit einer aggressiven Rekrutierungskampagne auf. Dazu Unia-Mann Cicero: «Auf die Mitarbeitenden der drei Firmen wird massiv Druck ausgeübt, sich bei Tisin einzuschreiben. Der Direktor von Plastifil selbst fordert die Mitarbeitenden zum Beitritt auf, und bei Ligo Electric gibt es eine Werbeaktion für eine einjährige kostenlose Mitgliedschaft.» Überhaupt seien die betreffenden Fabriken voller Tisin-Werbematerial. Die Unia-Flugblätter würden hingegen bereits am Werkstor konfisziert.

«SCHANDE»: Demo gegen Tisin in Mendrisio. FOTO: UNIA

Ob sich derartige Tricks für die Lega und ihre Unternehmerclique bezahlt machen werden, ist allerdings noch nicht entschieden. Das Tessiner Kantonsparlament diskutiert die Angelegenheit seit Wochen. Auch haben sich einzelne Lega-Vertreter bereits von Bignascas Kurs distanziert und den Mindestlohn verteidigt. Und an der Demo in Mendrisio, zu der die Unia und die christlichsoziale Gewerkschaft OCST aufgerufen hatten, beteiligten sich auch der Bankpersonalverband, die Verkehrsgewerkschaft SEV sowie die italienischen Verbände CGIL und UIL Frontalieri. Es wird nicht ihr letzter Aufmarsch gewesen sein.

Unia-Umbauprojekt

Entscheid fällt Anfang 2023

Die Digitalkonferenzen sind fast abgeschlossen, nicht aber das grosse Unia-Umbauprojekt. Und so geht es weiter.

JOHANNES SUPE

Bald sind die meisten der offenen Onlinerunden im Rahmen von «Unia 2.0» vorbei. Von den einstmals 13 Sitzungen steht nur noch eine aus. Mit Energie und Ausdauer haben rund 100 Mitglieder in den vergangenen Wochen Themen wie die Mitgliederentwicklung der Unia (verbesserungswürdig) oder das Bildungsangebot der Gewerkschaft (gut, aber nicht allen bekannt) diskutiert. Für den ausgiebigen Rückblick ist es noch zu früh, eben: eine Sitzung zu früh. Wagen wir stattdessen einen Ausblick.

WELCHE UNIA für welche Zukunft? FOTO: KEYSTONE

Nach dem letzten Treffen am 26. Oktober wird die 18köpfige Begleitgruppe zusammentreten, und diesen ersten Teil des Umbaus auswerten. Der Arbeitsauftrag: aus allen Sitzungen jene Punkte ausmachen, in denen sich die Unia tatsächlich ändern soll. Keine leichte Aufgabe. Denn die Fülle an Ideen und Anmerkungen ist überwältigend: 20 oder mehr Vorschläge aus einer einzigen Sitzung. Und die Begleitgruppe muss jene Vorhaben herausfiltern, die womöglich gut sind, aber nicht die Statuten der Gewerkschaft betreffen. Denn letztlich geht es bei «Unia 2.0» vor allem um die Struktur der Unia.

Soll der Zentralvorstand ein Milizgremium werden?

VIELFÄLTIGE DISKUSSIONEN

Aus dem, was bleibt, destilliert die Begleitgruppe einen Vorschlag. Etwa um Fragen wie: Will die Unia weiterhin in Sektoren aufgeteilt bleiben? Und soll der Zentralvorstand ein Milizgremium werden? Sicher ist: Anhand der Vorlage der Begleitgruppe wird am 4. Dezember die nationale Delegiertenversammlung der Unia dem Projekt eine klare Richtung geben. Kurz danach wird durch Geschäftsleitung und Zentralvorstand eine Art Leitantrag erarbeitet. In ihm wird zum ersten Mal deutlich werden, welche genauen Änderungen angedacht sind.

Vorbei ist es mit «Unia 2.0» dann noch nicht. Die Änderungsvorschläge werden in der Folge auf sämtlichen Ebenen der Unia – also in den Regionen, in den Branchen- und Interessengruppen – diskutiert werden. Die Besprechung wird das ganze Jahr 2022 dauern.

Entschieden wird Anfang 2023. Ein ausserordentlicher Kongress soll bestimmen, welche Änderungen angenommen und welche Ideen verworfen werden. Je nach Beschluss könnte am Ende eine deutlich andere Unia entstehen (zentraler geführt, mit weniger Gremien, die dafür mehr zu sagen haben) oder eine leicht angepasste (sanfte Änderungen an den bestehenden Strukturen). Wofür sich die Mitglieder entscheiden werden? Noch unklar, es gibt Pro- und Contrastimmen für beides.

In Island ist die 4-Tage-Woche auf dem Vormarsch

Weniger arbeiten zum gleichen Lohn

Nach einem erfolgreichen Versuch rückt in Island jetzt die 4-Tage-Woche näher. Und nicht nur dort. Erhält jetzt eine alte Gewerkschaftsforderung neuen Rückenwind?

RALPH HUG

Es war ein «überwältigender Erfolg»: weniger Stress, weniger Gesundheitsprobleme, eine bessere Work-Life-Balance und erst noch mehr Produktivität. Island erntet für seinen jüngsten Modellversuch mit einer verkürzten Arbeitszeit bei gleichem Lohn («Vier-Tage-Woche») glänzende Schlagzeilen auf der ganzen Welt. Zu schön, um wahr zu sein? work hat genauer hingeschaut.

Der Versuch setzte kreative Potentiale frei und erhöhte die Produktivität.

Der erste Versuch startete 2015 mit 66 Mitarbeitenden der Verwaltung der Hauptstadt Reykjavik. Diese reduzierten ihre wöchentliche Arbeitszeit von 40 auf bis zu 36 Stunden bei gleichem Lohn. Nach positiven Erfahrungen wurde das Experiment ausgeweitet. Nach vier Jahren waren 2500 Mitarbeitende involviert. 2017 startete ein zweiter Versuch, diesmal in der isländischen Staatsverwaltung. Unter den 440 Beteiligten waren Mitarbeitende der Steuerverwaltung sowie der Polizei auf einem Landposten.

GEGLÜCKTES EXPERIMENT: Die Verwaltung von Reykjavik reduzierte die Wochenarbeitszeit – ohne Leistungsverluste. FOTO: GETTY

EFFIZIENTER ARBEITEN

An den beiden Experimenten waren 1,3 Prozent der insgesamt 196 000 Beschäftigten in Island beteiligt. Nicht sehr viele und ausschliesslich solche aus dem öffentlichen Dienst. Aber die Resultate im Evaluationsbericht sind eindeutig: Tatsächlich wurde gemäss den erhobenen Daten dieselbe Arbeit in weniger Stunden bei gleichbleibender Leistung erledigt. Dies war möglich dank neuen Abläufen, kürzeren Sitzungen, besserer Kooperation und unter Einsatz digitaler Hilfsmittel. Auch das Verhalten der Teilnehmenden veränderte sich. «Wir suchten ständig nach Möglichkeiten, flexibler zu werden und unsere Aufgaben besser zu erfüllen», wird eine Teilnehmerin im Auswertungsbericht zitiert. Der Versuch setzte kreative Potentiale frei – und damit auch eine höhere Produktivität.

Die bessere Arbeitsorganisation sei der Schlüssel gewesen, lautet ein wichtiges Fazit. So verschwand das Phänomen, dass Stunden im Büro abgesessen wurden, nur um das Zeitsoll zu erfüllen. «Die Befürchtung, es gebe mehr Überstunden, hat sich nicht bewahrheitet», heisst es zudem im Bericht. Die Gewerkschaften, insbesondere die isländische Service-public-Gewerkschaft, waren Mitinitiantinnen der Versuche, zusammen mit Gruppierungen aus der Zivilgesellschaft, die sich für kürzere Arbeitszeiten starkmachen. In Island wird traditionell lange gearbeitet: In vielen Bereichen gilt die 44-Stunden-Woche, und die Lebensarbeitszeit liegt mit 47 Jahren an der Spitze aller OECD-Länder (Schweiz: 42,5 Jahre). Ein Grund, weshalb kürzere Arbeitszeiten populär sind und wohl auch weniger Ängste auslösen als anderswo. Die Insel mit ihren lediglich 357 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist allerdings wegen ihrer geringen Grösse und ihrer ökonomischen Struktur eine Besonderheit und somit nur bedingt mit anderen Ländern vergleichbar.

PILOTPROJEKT IN NEUSEELAND

Offen bleibt die Frage, ob eine stark verkürzte Arbeitszeit in der Privatwirtschaft ebenso machbar ist wie in der Verwaltung. Der Versuch zeitigt aber Folgen: Die Gewerkschaften konnten in neuen Gesamtarbeitsverträgen bereits eine 36-Stunden-Woche durchsetzen. Über 85 Prozent der isländischen Arbeitnehmenden profitieren heute von kürzeren Arbeitszeiten. Die 4-Tage-Woche, wie in den Schlagzeilen erwähnt, ist jedoch auch in Island noch nicht erreicht. Sie bleibt eine Zielvorstellung.

Das isländische Experiment ist weltweit gesehen nur eines unter mehreren. So läuft in Neuseeland beim Lebensmittelkonzern Unilever ein ähnlicher Versuch: 81 Mitarbeitende arbeiten vier statt fünf Tage bei gleichem Lohn. Die Regierung unter Chefin Jacinda Ardern unterstützt den Test, der noch bis Ende 2021 dauert. Zudem plant Schottland ein Pilotprojekt, Details stehen noch nicht fest. Das Ziel ist aber auch hier eine Erhöhung der Produktivität.

INSERAT

Fritz-Platten-Ausstellung: Vom Lenin-Vertrauten zum Gulag-Opfer

Aufstieg, Fall und Ende eines Schweizer Revolutionärs

Was geschah mit Kommunist Fritz Platten? Sein Sohn forschte nach. Eine Ausstellung in Basel zeigt, was dabei herauskam.

RALPH HUG

Die Ausstellung in der Unibibliothek Basel erzählt gleich zwei Geschichten: die von Fritz Platten und jene seines Sohns Fritz Nicolaus, der das väterliche Schicksal recherchierte. Beide Geschichten sind tragisch. Die eine, weil auch ein glühender Kommunist im Gulag enden konnte. Die andere, weil jemand in einem Dickicht aus Schweigen und Lügen die Wahrheit suchte und doch nicht ganz fand.

OPFER DES STALINISMUS

Fritz Platten, einer der Anführer des Landesstreiks, war eine schillernde Figur. Als enger Vertrauter Lenins schrieb der frühere Sozialdemokrat und spätere Mitbegründer der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS) Weltgeschichte (siehe Box). Doch als er in den 1930er Jahren in Moskau lebte, war er so unvorsichtig, mit Personen zu sympathisieren, die Stalin im Visier hatte. Das kostete ihn schliesslich das Leben. Dies, obwohl er Stalins berüchtigte Moskauer Schauprozesse von 1936 rechtfertigte, mit denen der Diktator seine engsten Weggefährten aus dem Weg räumte. Platten war ein Stalinist, der dem Stalinismus zum Opfer fiel.

Ein Stalinist, der dem Stalinismus zum Opfer fiel.

1938 wurde Platten unter einem Vorwand zu vier Jahren Lagerhaft verurteilt. Aus dem sibirischen Gulag kehrte er nie mehr zurück. Briefe zeugen davon, dass er bis zuletzt an einen Irrtum der Behörden glaubte und dachte, er werde schon noch begnadigt. Eine Freundin in Moskau bat er um Bouillon, warme Kleidung und ein Deutsch-Wörterbuch.

Wie genau Platten ums Leben kam, wissen wir nicht, da Belege fehlen. Eine Version besagt, dass ihn ein Wachmann bei der Entlassung im Jahr 1942 erschossen habe. Das wusste jedoch Sohn Platten nicht.

Vater Platten hatte seinen zweiten Sohn Fritz Nicolaus bei Pflegeeltern in Zürich zurückgelassen, als er in die Sowjetunion auswanderte. Und der Junior wollte irgendwann wissen, was mit seinem Vater geschehen war. Jahrzehntelang forschte er nach dessen Schicksal. Und lief dabei am Stalinismus auf. Denn die Wahrheit durfte lange nicht ans Licht gelangen. Lügen und Legenden kreisten um Plattens Verbleib. Legenden, die auch die Partei der Arbeit (PdA) unkritisch in der Schweiz verbreitete.

REHABILITIERT

Erst als Stalin 1953 starb, wurde Plattens Tod im Gulag bekannt. Das war für Sohn Fritz Nicolaus ein Schock. Wie sein Vater war auch er ein überzeugter Kommunist gewesen. So überzeugt, dass er als junger Mann sogar die Erschiessung des eigenen Vaters forderte, falls sich herausgestellt hätte, dass er ein «Trotzkist» gewesen wäre. Er bedauerte diese Äusserung später und wandte sich vom Kommunismus ab. Dies, obwohl die Sowjetunion Vater Platten 1956 während der Ära der Entstalinisierung rehabilitierte. Sohn Platten wurde derweil zu einem Abtrünnigen, der sich, so der Vorwurf aus den eigenen Reihen, nur den Bürgerlichen andiene.

In den 1990er Jahren gelang es Fritz Nicolaus Platten schliesslich, Einblick ins Archiv des sowjetischen Geheimdienstes KGB zu erhalten. In der Akte seines Vaters las er von Folter, Erniedrigung und erpressten Geständnissen – die Wahrheit lag nun offen da. Die Basler Ausstellung hat es in sich, es braucht aber etwas Zeit, die zahlreichen Dokumente und Filme anzuschauen.

Auf der Suche nach Fritz Platten. **Die Schweiz und der Kommunismus im 20. Jahrhundert.** Universitätsbibliothek Basel, bis 14. Januar 2022. Rahmenprogramm mit Vorträgen und Diskussionen siehe Flyer auf **www.ub.unibas.ch/de/ausstellungen.**

ZUR LINKEN LENINS: Fritz Platten (vorne) neben Lenin am Gründungskongress der Kommunistischen Internationale am 4. März 1919. FOTO: ULLSTEIN BILD

Das war Fritz Platten

Fritz Platten (1883 bis 1942) war wohl der grösste Revolutionär, den die Schweiz je sah: ein überzeugter Kommunist, Anführer im Landesstreik 1918 und ein enger Vertrauter von Lenin. 1917 organisierte er Lenins Rückreise von Zürich nach St. Petersburg. Wenig später stürzte das Zarenreich in der Oktoberrevolution. Und als 1919 die Kommunistische Internationale (Komintern) gegründet wurde, sass Platten gleich neben Lenin. Unter Stalin fand er aber dann den Tod. Jahrzehnte später stieg er in der Sowjetunion wieder zur Kultfigur auf. In Filmen erschien er verklärt als Freiheitskämpfer aus dem Lande Wilhelm Tells.

Podiumsdiskussion

Hoher Nutzen, tiefe Löhne

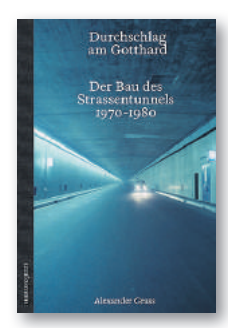
Je wichtiger eine Arbeit, desto schlechter wird sie bezahlt. Von diesem kapitalistischen Paradox können Kinderbetreuerinnen oder Päcklikuriere ein Lied singen. Aber auch Gebäudereinigerinnen, Pflegende und viele weitere Berufsleute. Ohne ihre Büez gerät das System im Nu aus den Fugen. Trotzdem wird ihre Leistung kaum wertgeschätzt. Zu den haarsträubenden Realitäten der Tieflohnzone haben die Soziologin Nicole Mayer-Aruja und der Soziologe Oliver Nachtwey jüngst ein Buch publiziert: «Verkannte Leistungsträger:innen. Berichte aus der Klassengesellschaft». In Fachkreisen wird es bereits eifrig diskutiert. Nun ist auch die Öffentlichkeit eingeladen, sich einzubringen.

Diskussionsabend mit Herausgeber Oliver Nachtwey, Armutsforscher Ueli Mäder und Unia-Gewerkschafterin Rita Schiavi (Moderation). 27. Oktober, 19 bis 20.30 Uhr, Literaturhaus, Barfüssergasse 3, Basel. Freier Eintritt.

Tunnelbau-Buch

Durchschlag am Gotthard

Mit seinen 16,9 Kilometern ist der Gotthard-Tunnel nicht nur der längste Strassentunnel der Alpen, sondern auch eine der wichtigsten Nord-Süd-Transitachsen Westeuropas. Jährlich fahren über 6 Millionen Autos, Töffs und LKW durch die 1980 eröffnete Nationalröhre. Doch ausgerechnet ihre Entstehungsgeschichte blieb lange unerforscht. Mit «Durchschlag am Gotthard» hat Alexander Grass diese Lücke nun geschlossen. Der Journalist hat mit unterschiedlichen Baubeteiligten gesprochen und etliche Archive durchleuchtet – auch jenes der Unia. So gelang Grass ein hochinteressantes Buch, das erstmals zeigt, wie beschwerlich der Weg zum Durchstich war – etwa wegen unerwartet schlechter Gesteinsschichten, finanzieller Fehlkalkulationen oder der extremen Arbeitsbedingungen der zumeist italienischen Mineure.



Alexander Grass: **Durchschlag am Gotthard.** Der Bau des Strassentunnels 1970–1980. Verlag Hier und Jetzt, Zürich 2021, 275 Seiten mit 50 Bildern, CHF 39.–.

work 1x1 der wirtschaft

Daniel Lampart

TEUERUNG SCHADET NICHT, WENN SIE MASSVOLL BLEIBT

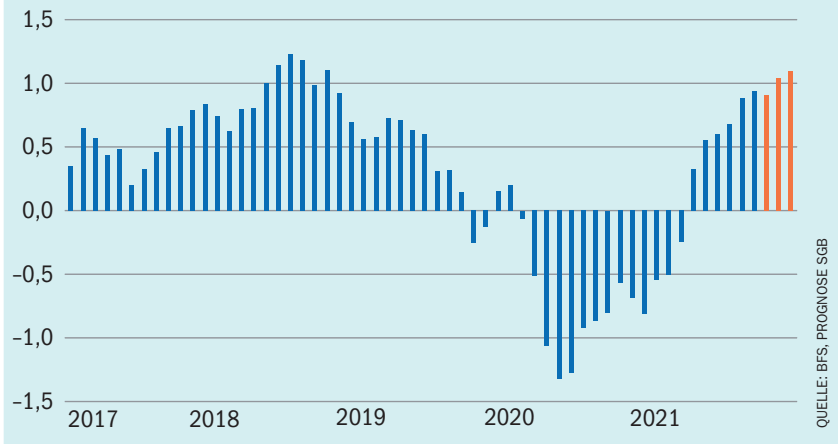
Im laufenden Jahr ist die Teuerung weltweit gestiegen. In der Schweiz beträgt sie knapp 1 Prozent. Doch wie geht es weiter? Momentan sind die höheren Rohstoffpreise und die coronabedingten Lieferengpässe die Haupttreiber. Damit die Teuerung dauerhaft höher ausfiele, bräuchte es andere Faktoren.

Teuerung bedeutet, dass die Firmen ihre Preise erhöhen. Das können sie aber nur dann, wenn die Kundinnen und Kunden bereit sind, höhere Preise zu bezahlen. Wenn die Wirtschaft schlecht läuft und die Firmen auf ihren Produkten sitzenbleiben, ist das nicht der Fall. Es braucht eine gute Wirtschaftslage mit entsprechenden Knappheiten auf den Märkten. Das ideale Teuerungsumfeld ist, wenn die Kundinnen und Kunden Schlange stehen.

LOHN-PREIS-SPIRALE. Steigen dann die Produktionskosten, steigt auch die Teuerung noch zusätzlich. Denn die Firmen können ihre höheren Kosten relativ einfach auf ihre Kundschaft überwälzen. Einer der grössten Kostenblöcke sind die Löhne. Wie wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wissen, können wir in der Hochkonjunktur einfacher Lohnerhöhungen aushandeln als in der Rezession. Weil die Firmen Gewinne machen und das Geld dafür haben. Und weil sie wegen des Personalmangels die Löhne erhöhen müssen, um attraktiv zu sein. In der Ökonomie spricht man auch von einer Lohn-Preis-Spirale. Steigende Löhne führen zu höheren Preisen. Und die höheren Preise wiederum ziehen höhere Lohnforderungen nach sich, weil die Arbeitnehmenden den Teuerungsausgleich fordern.

Die Konjunkturlage hat sich zwar in den letzten Monaten spürbar verbessert. Doch nach wie vor sind über 200 000 Berufstätige auf Stellensuche und rund 50 000 in Kurzarbeit. Das ist noch kein Umfeld, in dem nennenswerte Teuerung entsteht. Wenn der Aufschwung weitergeht, kann sich das aber ändern.

Landesindex der Konsumentenpreise und Prognose
(Veränderung gegenüber Vorjahr, Prognose: orange Säulen)



VORTEILE. Endlich etwas Teuerung würde viele Probleme lösen. Die Zinsen würden steigen, was beispielsweise zu einer Normalisierung in den Pensionskassen führen würde. Generell ist die Teuerung besser als ihr Ruf – solange sie nicht überbordet. Denn sie erleichtert den Strukturwandel in der Wirtschaft und gibt den Nationalbanken mehr Spielraum in der Konjunkturpolitik. Auch gewerkschaftlich hat sie Vorteile. Denn in Teuerungsphasen werden kollektive Lohnverhandlungen wichtiger.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Wirtschafts-Doku

Markt, aber nicht super

Seit den 1960er Jahren gelten Supermarktkonzerne als unanfechtbar. Doch seit einigen Jahren kriselt's bei vielen von ihnen gewaltig. Die Folge: erbitterter Preiskrieg und noch aggressivere kommerzielle Verhandlungsmethoden zulasten von Angestellten, Lieferanten, Landwirtinnen und Herstellern. Und seitdem auch digitale Grosskonzerne wie Amazon und Alibaba in den Detailhandel vordringen, sehen sich die traditionellen Ketten zusätzlich bedroht. Wohin führt das? Der TV-Sender Arte hat hinter die Kulissen der Konsumtempel geblickt – und Verblüffendes entdeckt.

Arte-Doku **Auslaufmodell Supermarkt?** von Rémi Delescluse, Frankreich 2021, 86 Minuten. Online unter: **rebrand.ly/supermarkt.**

Das offene Ohr

David Aeby
von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Ferien: Haben sie ein Verfalldatum?

Ich konnte in den letzten zwei Jahren nicht alle Ferien beziehen, die mir zustehen. Im Arbeitsvertrag steht, dass ich die Ferien im laufenden Kalenderjahr, jedoch spätestens bis am 1. April des nächsten Jahres beziehen müsse. Sind jetzt meine offenen Ferien der letzten zwei Jahre verfallen?

DAVID AEBY: Nein. Die Regelung in Ihrem Arbeitsvertrag ist nicht zulässig. Es ist nicht so, dass Ferienansprüche an einem bestimmten Zeitpunkt des Folgejahres verfallen. Ferienansprüche verjähren erst nach 5 Jahren. Dies gilt je nach Vereinbarung für jedes Dienst- oder Kalenderjahr getrennt und nicht etwa erst nach dem Ende des Arbeitsverhältnisses. Arbeitgeber müssen die Ferien «in der Regel» im Verlauf des betreffenden Dienstjahres gewähren. Die Vorgesetzten bestimmen den Ferienzeitpunkt, wobei sie aber auf

URLAUBSREGEL: Verschoben ist nicht aufgehoben. Ferienansprüche bleiben 5 Jahre bestehen. FOTO: ISTOCK

die Wünsche der Mitarbeitenden so weit wie möglich eingehen müssen. Es liegt also gar nicht in Ihrer Kompetenz, den Zeitpunkt des Ferienbezugs zu bestimmen.
Als Ausnahme von der Regel ist es einer Firma erlaubt, zumindest einen Teil der Ferien im darauffolgenden Dienstjahr zu gewähren. Allerdings sollte das wirklich eine Ausnahme bleiben, da die Ferien ihre Funktion nur erfüllen können, wenn das Auftanken, die Erholung und die Entspannung tatsächlich und regelmässig stattfinden, also möglichst Jahr für Jahr.

AHV-Rentenalter: Endet jetzt das Arbeitsverhältnis automatisch?

Ich werde im Dezember dieses Jahres 65 Jahre alt. Stimmt es, dass mein Arbeitsverhältnis mit dem Erreichen des AHV-Rentenalters automatisch endet?

DAVID AEBY: Nein. Die Erreichung des AHV-Rentenberechtigungsalters bedeutet nicht automatisch das Ende des Arbeitsvertrages. Wenn nicht eine Vereinbarung zwischen den Parteien oder ein Gesamtarbeitsvertrag diesen Zeitpunkt als Ende der Anstellung festlegt, ist der Arbeitsvertrag zu kündigen. Es ist auch möglich, dass etwa in einem Personalreglement steht, dass mit der Erreichung des Rentenalters der Arbeitsvertrag aufgelöst ist. Sofern keine entsprechende Vereinbarung besteht und keine Kündigung erfolgt ist, läuft das Arbeitsverhältnis weiter, und Sie müssen weiterarbeiten. Sie müssen also selber kündigen, wenn im Arbeitsvertrag, im Personalreglement oder im Gesamtarbeitsvertrag keine entsprechende Vereinbarung steht.

Krankenkasse: So sparen Sie Geld mit Versicherungsmodellen, Franchise und Kassenwechsel

Die besten Rezepte gegen die Prämienlast

Die Prämien der Krankenversicherung sinken aufs neue Jahr im Landesmittel um minimale 0,2 Prozent. Die Belastung der Haushalte bleibt hoch. Darum gilt nach wie vor: Nutzen Sie die Sparmöglichkeiten!

MARTIN JAKOB

410 Franken pro Monat. So viel bezahlen Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt nächstes Jahr im Durchschnitt pro Kopf für die obligatorische Krankenversicherung. Kinder- und Jugendrabatte, Vergünstigungen für prämiensenkende Arztmodelle und höhere Franchisen bereits abgezogen. In Appenzell Innerrhoden hingegen liegt die Durchschnittsprämie bei 215 Franken und damit um beinahe die Hälfte tiefer. Denn für die Prämienberechnung stellen die Versicherungen auf die Kosten pro Region ab. Je städtischer die Region, desto höher sind im allgemeinen die Kosten. Wer in einer Region mit hohen Kosten wohnt, kann dem nur durch Umzug entrinnen – aber wer wählt seinen Wohnort schon aufgrund der Höhe der Krankenkassenprämie?

Bleiben die anderen Möglichkeiten, die individuelle Prämie zu senken: die Wahl eines Sparmodells mit meist eingeschränkter Arztwahl, die Erhöhung des Betrags, den Sie pro Jahr maximal selbst an Ihre Gesundheitskosten bezahlen (Franchise), oder der Wechsel zu einer günstigeren Krankenkasse.

SPARMODELLE

Im Standardmodell der Grundversicherung haben Sie freie Arztwahl, dürfen sich also auch direkt bei Spezialisten von der Dermatologie bis zur Urologie zur Behandlung anmelden. Mit anderen Modellen verzichten Sie auf diese Freiheit ganz oder teilweise. Verbreitet sind das Hausarztmodell, das HMO-Modell und Telmed. Im Hausarztmodell entscheiden Sie sich für eine von der Versicherung anerkannte Hausärztin oder einen Hausarzt als Ihre erste Anlaufstelle, die oder der Sie an andere Leistungsträger überweist. Im HMO-Modell ist diese Anlaufstelle ein Ärztenetzwerk oder eine Gruppenpraxis. Im Telmed-Modell schliesslich müssen Sie beim Auftauchen eines gesundheitlichen Problems zuerst das von der Versicherung bezeichnete Callcenter anrufen, wo medizinisch geschultes Personal Ihre Symptome einschätzt und – je nach vertraglicher Vereinbarung – den ersten Behandlungsschritt empfiehlt oder verbindlich vorschreibt. Das Sparpotential liegt je nach Kasse und Modell bei 5 bis 25 Prozent der Grundprämie.

Mit eingeschränkter Arztwahl sparen Sie bis 25 Prozent.

Wenn Sie bei Ihrer Kasse zu einem Sparmodell wechseln möchten, können Sie dies auch unter dem Jahr tun. Überzeugt Sie das Sparmodell einer anderen Kasse mehr, gelten die Regeln des Kassenwechsels (siehe unten).

HÖHERE FRANCHISE

Die Franchise sagt aus, bis zu welchem Betrag pro Jahr Sie die Kosten für ärztliche Behandlung und verschriebene Medikamente selber tragen müssen. Zu den weiteren Kosten steuern Sie dann nur noch einen Selbstbehalt von 10 Prozent bei – bis zum Höchstbetrag von 700 Franken jährlich. Die minimale Jahresfranchise beträgt bei Erwachsenen 300 Franken. Bei Kindern bis 18 Jahre wird keine Franchise erhoben (Selbstbehalt maximal 350 Franken). Während die Selbstbehalte fix sind, können Sie sich für eine Erhöhung der Franchise entscheiden, bis zum Betrag von maximal 2500 Franken statt 300 Franken. Bei Kindern können Sie eine Franchise bis 600 Franken (statt keine) wählen.

Da Kinder in der Regel jedes Jahr mal krank werden oder wegen eines Unfalls behandelt werden müssen, lohnt sich bei ihnen die Erhöhung der Franchise kaum jemals. Als gesunde Erwachsene können Sie sich die Erhöhung aber durchaus überlegen. Denn in einem Jahr ohne Krankheitskosten sinkt die Prämienlast um bis zu 1540 Franken – das sind je nach Region, Kasse und Versicherungsmodell zwischen 20 und 40 Prozent der Jahresprämie. Wählen Sie aber entweder die tiefste oder gleich die höchste Franchise: Sie bringt bei geringen Krankheitskosten die höchste Einsparung.

DAS GEHT INS GELD: Krankenkassenprämien sind in den meisten Haushalten ein grosser Ausgabenposten. Umso mehr lohnt es sich, alle Sparoptionen zu nutzen. FOTO: KEYSTONE

WORKTIPP

AUCH BEI PRÄMIENVERBILLIGUNG

Erhalten Sie Prämienverbilligung? Auch für Sie lohnt sich der Kassen- und Modellvergleich. Denn die Verbilligung wird anhand von Referenzprämien berechnet und nicht auf Basis Ihrer individuellen Krankenversicherung. Und: Prüfen Sie jedes Jahr neu, ob Sie in Ihrem Wohnkanton Anspruch auf Prämienverbilligung erheben können! Siehe auch work-Ratgeber «So funktioniert die Prämienverbilligung»:
rebrand.ly/praemienverbilligung

Sie können jährlich zu einer höheren oder tieferen Franchise wechseln. Wählen Sie eine tiefere, müssen Sie dies der Kasse bis zum 30. November schriftlich mitteilen (siehe auch «Kassenwechsel»). Eine Erhöhung der Franchise teilen Sie der Kasse bis Ende Jahr mit (empfohlen: bis 15. Dezember).

KASSENWECHSEL

Jede Kasse hat ein anderes Versichertenportfolio und damit unterschiedliche Kosten. Diese werden mit dem Risikoausgleich unter den Versicherern nur teilweise ausgeglichen. Darum schlagen die Kostenunterschiede unter den Kassen spürbar auf die Prämienhöhe durch. Gleichzeitig sind die Kassenleistungen für die Grundversicherung im Gesetz definiert, und alle Kassen müssen ihre Vergütungen nach dem gleichen Katalog ausrichten.

Das bedeutet: ob eine Kasse eher hohe oder eher tiefe Prämien erhebt – der Gegenwert für die Versicherten ist der gleiche. Und das Sparpotential beim Wechseln ist erheblich: Vergleicht man die Normalprämien der jeweils 20 grössten Krankenversicherer pro Region, lassen sich mit dem Wechsel von der teuersten zur günstigsten Kasse je nach Region zwischen 15 und 25 Prozent sparen.

Wollen Sie die Kasse wechseln, muss Ihre Kündigung bei der jetzigen Kasse bis spätestens 30. November eingetroffen sein. Kündigen Sie vorsichtshalber eingeschrieben, und dies ein, zwei Wochen vor Termin. Melden Sie sich vorgängig bei der neuen Kasse an. Ihr Antrag muss nur Namen, Adresse und Jahrgang enthalten, Angaben zur Gesundheit sind nicht erforderlich.

Für Zusatzversicherungen gelten andere Kündigungsfristen und Regeln. Lesen Sie dazu den work-Ratgeberbeitrag: «Überflüssiges geht schnell ins Geld»: **rebrand.ly/Zusatzversicherung.**

➡ Prämienvergleich 2022 gesamte Schweiz, Details zum Vorgehen beim Kassenwechsel einschliesslich Kündigungsformular: **priminfo.ch**

KASSENRESERVEN

SCHMÜRZELIG

750 Franken bekäme die Schweizer Bevölkerung pro Kopf von den Schweizer Krankenversicherern zurück, würden diese ihre Reserven um die Hälfte abbauen. Das könnten sie tatsächlich, denn der Bundesrat hat beschlossen, dass die Kassen ihre Rücklagen für Risiken bis zu einer «Solvenzquote» von 100 Prozent herunterfahren dürfen. Aktuell liegt diese Quote aber im Mittel bei über 200 Prozent – also um über 6 Milliarden Franken höher als nötig.

DREI PROZENT. Nach den bisherigen Ankündigungen werden die Kassen allerdings von den mittlerweile gegen 13 Milliarden Franken betragenden Reserven nur rund 400 Millionen an die Versicherten vergüten: «Das sind nicht 50, sondern 3 Prozent des Reservebestands und gerade ein Prozent des Prämienvolumens», sagt SGB-Zentralsekretär Reto Wyss: «Ein Tropfen auf den heissen Stein.»

KNAPP RECHNEN. Die Kassen sind vom Bund gehalten, Reserven vor allem so aufzulösen, dass sie die Prämien der nächsten Jahre nicht kostendeckend kalkulieren und die Differenz mit Entnahmen aus der Reserve decken. Stellen sie in der Nachkalkulation eines Prämienjahres fest, dass sie zu hohe Prämien errechnet hatten, können sie auch eine Rückzahlung an die Versicherten machen. Einige grosse Kassen wählen jetzt die letztere Variante – Assura, Helsana, CSS und Groupe Mutuel –, andere verwenden die Gelder zur Prämiensenkung (Swica, Sanitas) oder für eine Kombination aus beidem (Visana, Concordia). Wer Ende Jahr zu einer neuen Kasse wechselt, verzichtet also unter Umständen auf eine Rückzahlung seiner bisherigen Versicherung. Aber: Wie hoch die Rückzahlung ausfallen würde, ist offen, voraussichtlich liegt sie bei höchstens 50 bis 100 Franken. Mit dem Wechsel von einer teuren zu einer günstigen Kasse sparen Sie leicht ein Mehrfaches! (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

Für 29 Franken pro Monat ins Internet

FÜR SINGLE-SURFER: Einzelpersonenhaushalte kommen mit einer Datenrate von 10 Megabit pro Sekunde aus. Da reicht ein günstiges Abo. FOTO: SHUTTERSTOCK

Singles und Paare surfen mit Monzoon am günstigsten. Und zwar für gerade mal 29 Franken pro Monat. Das zeigt ein «Saldo»-Preisvergleich der 15 grössten Schweizer Telekomfirmen. «Saldo» unterteilte die Abos in drei Kategorien: Single-, Paar- und Familienhaushalte. Denn für eine Person reicht eine Geschwindigkeit von 10 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) völlig aus. Damit können Sie surfen, mailen und ruckelfrei Internet-TV schauen. Bei Paaren sind 20 Mbit/s ideal, bei Familien rund 50 Mbit/s. Ergebnis: Singles und Paare fahren mit dem Angebot von Monzoon am günstigsten. Zwar kostet auch bei Iway das günstigste Abo nur 29 Franken, es ist jedoch langsamer als bei Monzoon. Familien fahren mit Green für monatlich 35 Franken 90 am günstigsten.

TEURE SWISSCOM. In der Regel sind grosse Telekomfirmen wie UPC, Swisscom und Sunrise teurer als kleine. So ist beispielsweise die Swisscom für Familien am teuersten. Diese bezahlen dort 65 Franken im Monat.
Neben den Kosten ist auch die Mindestlaufzeit eines Vertrags wichtig. Vorbildlich ist auch hier die Firma Monzoon: Sie können jederzeit per Ende Monat wechseln. Kurze Vertragslaufzeiten haben ausserdem Green, Init7, die Sunrise-Marke Yallo und die Swisscom-Marke Wingo. Wer sich für Swisscom entscheidet, muss dagegen mindestens 12 Monate bleiben. CHRISTIAN BIRMELE

Singles und Paare fahren mit Monzoon am günstigsten.

KRACHMACHER: Klar, der Rasen der Parterrewohnung muss gemäht werden. Der Motorenlärm ist dem Nachbarn zumutbar – ausser zu den Ruhezeiten gemäss Hausordnung. FOTO: GETTY

Wie gehen Sie vor, wenn im Haus ein Nachbar ständig für Ärger sorgt?

Der Zoff im Block geht an die Nieren

Zu viel Lärm, zu viel Dreck. Und diese Gerüche! Gegen Störenfriede im Haus können Sie vorgehen. Das muss nicht immer gleich ein Anruf bei der Polizei sein.

MARTIN JAKOB

«My home is my castle», heisst es so schön. Frei übersetzt: In unseren eigenen vier Wänden sind wir alle Königin oder König und können tun und lassen, was und wie es uns beliebt. Stimmt grundsätzlich, hat aber seine Grenzen. Denn im Wohnblock haben alle Mieterinnen und Mieter die Pflicht, aufeinander Rücksicht zu nehmen. So steht das im Gesetz, in der Hausordnung finden sich die Details, und die Wohngemeinde steuert in der Gemeindeordnung weitere Regeln bei – namentlich die Anweisung, welche Ruhezeiten zwingend einzuhalten sind.

Laut einer Comparis-Umfrage beklagen sich rund zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung über ihre Nachbarn. Am häufigsten führt Lärm zu Klagen (siehe Text rechts), noch vor Unfreundlichkeit, Zigarettenrauch und Problemen mit der Waschküche. Fast so häufig wie die Waschküche sorgen Parkplätze, Kinder und Gerüche für Zoff.

ERST MAL REDEN. Schlägt ein Nachbar über die Stränge – laute Musik bis Mitternacht, penetrante Gerüche vom Balkon, weil das Grillfleisch anbrennt –, sorgt das zwar für Unmut, aber da machen Sie nicht gleich eine grosse Geschichte draus. Wiederholen sich die Ereignisse aber, dürfen Sie aktiv werden. Am besten sprechen Sie die Nachbarin oder den Nachbarn als erstes direkt an. Liegt ein klarer Verstoss gegen die Hausordnung vor, machen Sie darauf aufmerksam. Oder Sie schlagen konkret vor, wie die Situation mit möglichst einfachen Verhaltensänderungen entspannt werden könnte.

VERMIETERPFLICHT. Bietet Ihre Nachbarin oder Ihr Nachbar nicht Hand zu einer Lösung und dauert die Störung fort, müssen Sie das nicht hinnehmen. Ihr Vermieter ist dafür verantwortlich, dass Sie die Mietwohnung ohne schwerwiegende Beeinträchtigungen durch das Verhalten der Nachbarn nutzen können. Schildern Sie der Verwaltung die Störung und bitten Sie um Beseitigung. Empfinden andere Mitbewohner gleich, können Sie auch ein gemeinsames Schreiben aufsetzen. Fragen Sie nach, wenn daraufhin wochenlang nichts geschieht. Denn Verwaltungen müssen den störenden Nachbarn konfrontieren und ihn je nachdem schriftlich ermahnen – nützt auch wiederholtes Mahnen nicht, kann sogar eine Kündigung mit verkürzter Frist ausgesprochen werden.

Vermieter müssen Störenfriede zur Rede stellen.

Bleibt Ihre schriftliche Eingabe unerledigt, können Sie sogar eine Mietzinssenkung verlangen oder nach schriftlicher Vorankündigung den Mietzins hinterlegen – danach führt der Weg meist zur Schlichtungsbehörde für Mietverhältnisse oder allenfalls vor Gericht.

POLIZEIRUF. Rufen Sie die Polizei, weil Nachbarn bis weit über zehn Uhr abends hinaus lärmig Party machen, dann rückt sie auch aus, wenn Sie die Situation glaubhaft schildern. Aber: Das nachbarschaftliche Verhältnis ist danach wohl im Eimer. Ist es das wert? Also zuerst selber vorbeigehen und um gedämpfte Lautstärke bitten. Die 117 können Sie danach immer noch wählen, falls Sie unfreundlich abgeputzt werden und der Lärm unvermindert andauert!

KINDER-, GEIGEN- UND WERKZEUGLÄRM

KREISCH!

Generell gilt: Gegenüber Kinderlärm muss die Toleranz höher sein. Spielen gehört zum «normalen Verhalten». Auch das Musizieren gehört zum normalen Gebrauch der Mietwohnung. Legt die Hausordnung nicht andere Zeiten fest, dürfen Instrumente zwei bis drei Stunden täglich gespielt werden. Nicht gestattet sind aber sehr laute Instrumente wie Schlagzeug oder Posaune. Erlaubt sind mit Massen auch handwerkliche Tätigkeiten – ausser, sie sind gewerblich und dem Vermieter nicht als solche gemeldet.

Jugend-Ratgeber: Die Neuauflage eines Bestsellers

Alles, was Recht ist

Die Jugendkommission des SGB hat den Ratgeber «Ich kenne meine Rechte» aktualisiert. Du kannst ihn bestellen – gratis.

Sonntagsarbeit ist für Lernende unter 18 Jahren verboten. Aber es gibt Ausnahmen: In der Kochlehre zum Beispiel darf Sonntagsarbeit zugemutet werden. Die Lernenden haben jedoch Anrecht auf freie Sonntage. Wie viele pro Jahr müssen es mindestens sein? (Antwort: 12.)

Ein Stift fällt wegen einer schweren Grippe über zwei Wochen lang aus. Nun will ihm der Chef die Ferien kürzen. Darf er das? (Antwort: nein.)

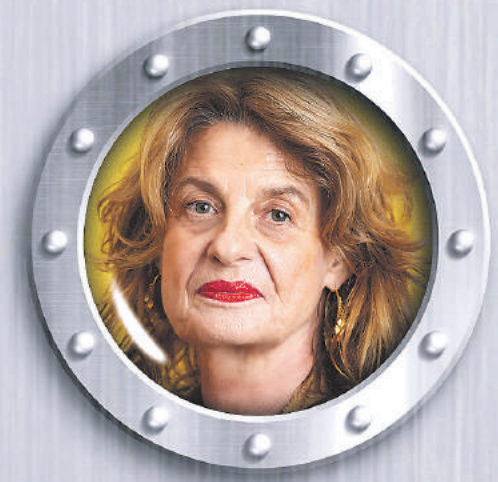
GEDRUCKT UND ONLINE. Praktisch, wenn du die Antworten auf solche Fragen schnell und unkompliziert nachschlagen könntest! Und tatsächlich ist das ganz einfach möglich. Im Ratgeber «Ich kenne meine Rechte», herausgegeben von der Jugendkommission des SGB, in der auch die Unia mitwirkt, sind zahlreiche Rechtsfragen von A wie Absenzen bis Z wie Zwischenzeugnis in gut verständlicher Sprache erläutert. Alternativ ist der Ratgeber auch online zugänglich (mit Stichwortsuche):
rechte-der-lernenden.ch

Bestellung des Ratgebers in Buchform über E-Mail (jugend@unia.ch). Für Unia-Mitglieder ist der Ratgeber kostenlos.

Wir halten den work-Dampfer auf Kurs.

20 JAHRE work

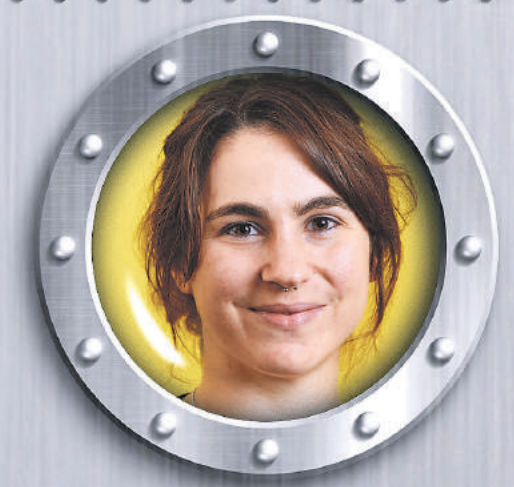
Clemens Studer, Autor und Berater



Marie-Josée Kuhn, Chefredaktorin

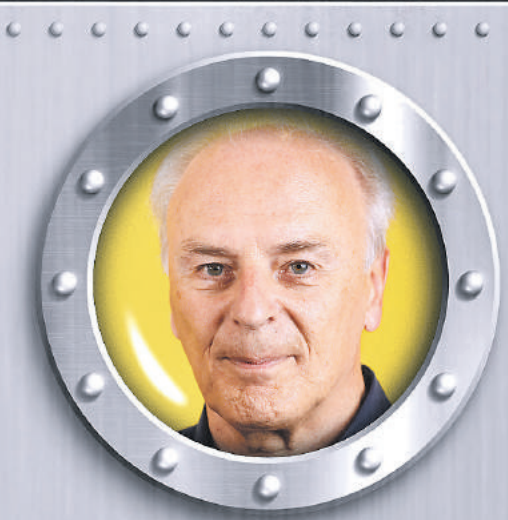
Anne-Sophie Zbinden, Produzentin und Stv. Chefredaktorin

Mirka Grossenbacher, Administration



Patricia D'Incau, Digitalredaktorin

Jonas Komposch, Redaktor



Ralph Hug, Autor

Christian Egg, Redaktor

Silvia Aeschbach, Layouterin

Johannes Supe, Redaktor

Nina Seiler, Layout und Bildredaktion

Martin Jakob, Autor und Produzent Ratgeber

Ihre work-Redaktion.

IDEE & TEXT: NINOTCHKA.CH • MONTAGE: TNT GRAPHICS • FOTOS: YOSHIKO KUSANO, ADOBE STOCK

Wir lesen work, weil…

20 JAHRE work

Karin Keller-Sutter, Bundesrätin

«Die Sozialpartnerschaft, so wie wir sie in der Schweiz kennen, ist eine Erfolgsgeschichte und für das Funktionieren unserer Wirtschaft zentral. Mein Departement kann auf das Know-how der Sozialpartner zählen, sei es im Bereich der Personenfreizügigkeit oder bei der Integration von ausländischen Staatsangehörigen. Ich bin den Gewerkschaften und der Arbeitgeberschaft für diese gute Zusammenarbeit sehr dankbar.»

Susanna Keller, Coop-Verkäuferin

«Ich lese work, weil auch eine 08/15-Büezerin versteht, was gemeint ist! Am besten gefallen mir die Artikel, in denen einem Mitglied ein Unrecht passiert ist und die Unia helfen konnte. Dank work erfahre ich auch, worauf ich achten muss, etwa in Rechtsfragen. Das macht Mut und hilft sicher auch, künftig mehr Unia-Mitglieder an Bord zu holen.»

André Scheer, Verdi-Sekretär

«20 Jahre work – das ist ein Grund zum Feiern! Als Gewerkschaftssekretär bei der deutschen Verdi freue ich mich immer, wenn die aktuelle Ausgabe auf meinem Schreibtisch landet. Die Zeitung ist ein wichtiger Blick über den Tellerrand, in ihr finde ich Themen, die sonst oft genug an mir vorbeigegangen wären, und immer wieder auch Anregungen für unsere eigene Arbeit. Und das alles mit einem klaren politischen Klassenstandpunkt. Herzlichen Glückwunsch, work, macht weiter so!»

Cédric Wermuth, Nationalrat & SP-Co-Präsident

«work ist eine der wenigen klaren Stimmen aus gewerkschaftlicher Sicht. Fast alle Zeitungen des Landes machen den Buckel vor den Mächtigen, work nicht. Das macht für mich die Hauptkraft aus. Ich informiere mich mittels work über die aktuellen gewerkschaftlichen Kämpfe und schätze gerade auch die verständlich aufgearbeiteten Hintergrundinformationen.»

Gieri Cavelty, Chefredaktor «SonntagsBlick»

«Eine Gewerkschaftszeitung weiss natürlich immer schon im vornherein, was gut und wer schlecht ist. Umso erstaunlicher und umso erfreulicher ist es, dass dies bei work nicht zu Langeweile führt. Die Gesinnung ergänzt den journalistischen Anspruch, sie ersetzt ihn aber nicht. Das macht work zu einer politisch klar verortbaren und dennoch ausgesprochen vielfältigen Zeitung. Das muss man erst einmal schaffen, da steckt viel Arbeit dahinter!»

Caroline Arni, Historikerin

«Ich lese work, weil Beharrlichkeit so wichtig ist wie das genaue Hinschauen auf die Verhältnisse.»

Benedikt Koch, Direktor Schweizerischer Baumeisterverband

«Das work ist für mich eine interessante Informationsquelle, um zu entdecken, wie unterschiedlich die Arbeitswelt betrachtet werden kann.»

Peter Bichsel, Schriftsteller

«work ist eine der wenigen Zeitungen, auf die ich mich jedesmal freue – ein bisschen Restlinke für mein Alter.»

Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident

«Ich lese work, weil man dort Portraits von Arbeiterinnen und Arbeitern lesen kann und was sie zu sagen haben.»

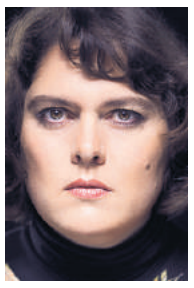
Ronja Jansen, Juso-Präsidentin

«Die Sicht ‹der Wirtschaft› wird allzu oft mit den Interessen des Kapitals verwechselt. Nicht so bei work. Die Zeitung bietet spannende politische Einordnungen und lässt die 99% zu Wort kommen, die unsere Gesellschaft wirklich tragen. Das schätze ich.»

René Schuhmacher, Rechtsanwalt und Verleger

«work hat die beste Chefredaktorin der Schweiz. Deshalb lese ich work alle zwei Wochen von A bis Z. Das erspart mir jeden MAZ-Kurs.»

Patti Basler, Kabarettistin



«Als Hure des Systems und selbständige Satire-Unternehmerin bin ich quasi die Magdalena Martullo der Humorbranche, weshalb ich selbstverständlich keine Gewerkschaftszeitung lese. Sinnvoll und nötig ist sie dennoch: Im Gegensatz zu Martullos Familie können Angestellte nicht einfach massenhaft Zeitungen aufkaufen. Es braucht ein Organ, ein Sprachrohr, ein Gemeinschafts-Work. Auf weitere 20 Jahre!»

Pedro Lenz, Schriftsteller und gelernter Maurer, Olten

«Ich lese work, weil die Zeitung Pfeffer hat und weil work denen eine Stimme gibt, die den Werkplatz am Laufen halten! Ausserdem trifft mich Jean Zieglers Kolumne immer mitten ins Herz!»

Giorgio Tuti, SEV-Präsident

«work ist informativ, angriffig, und die Artikel sind jeweils gut und sorgfältig recherchiert. Eine gute Zeitung, die ich immer und gerne lese. Weiter so!»

Roger Köppel, Nationalrat und Verleger

«Ich finde work eine ausgezeichnet gemachte Zeitung, pointiert und provokativ, linker Boulevard. Ich wünschte mir etwas mehr Debatte und Meinungsvielfalt. Alles Gute zum Geburtstag und ein langes Leben!»

Sandra Künzi, Slam-Poetin

«Ich lese work, weil ich starke, klare Worte liebe!»

FOTOS: FRANZISKA SCHEIDEGGER, MATTHIAS LUGGEN, YOSHIKO KUSANO, MARC WETLI (13 PHOTO), TIBOR NAD, BLICK.CH, JUNGE WELT, SWISSBAU, SP SCHWEIZ (3), SGB, SVP KT. ZÜRICH, BUNDESKANZLEI, ZVG

Das Jubiläumsrätsel

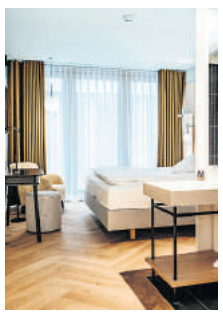
1. Preis: 1500 Franken in Reka-Checks **2. Preis:** iPhone 12 von Wagner AG **3. Preis:** 2 Übernachtungen für 2 Personen im Hotel FloraAlpina inkl. Frühstück und 1 Abendessen **4. Preis:** 2 Übernachtungen für 2 Personen im Hotel Bern inkl. Frühstück und 1 Abendessen **5.–7. Preis:** Je ein Gutschein à 500 Franken von Unia Ferien

Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m.
www.reka.ch

Ob Kommunizieren, Fotografieren oder Spielen: Mit dem von WAGNER AG offerierten Apple iPhone 12 (6,1", 64 GB, black) im Wert von 779 Franken ist (fast) alles möglich – wo und wann immer Sie wollen.

WAGNER
IT | PROJEKTE | OUTSOURCING

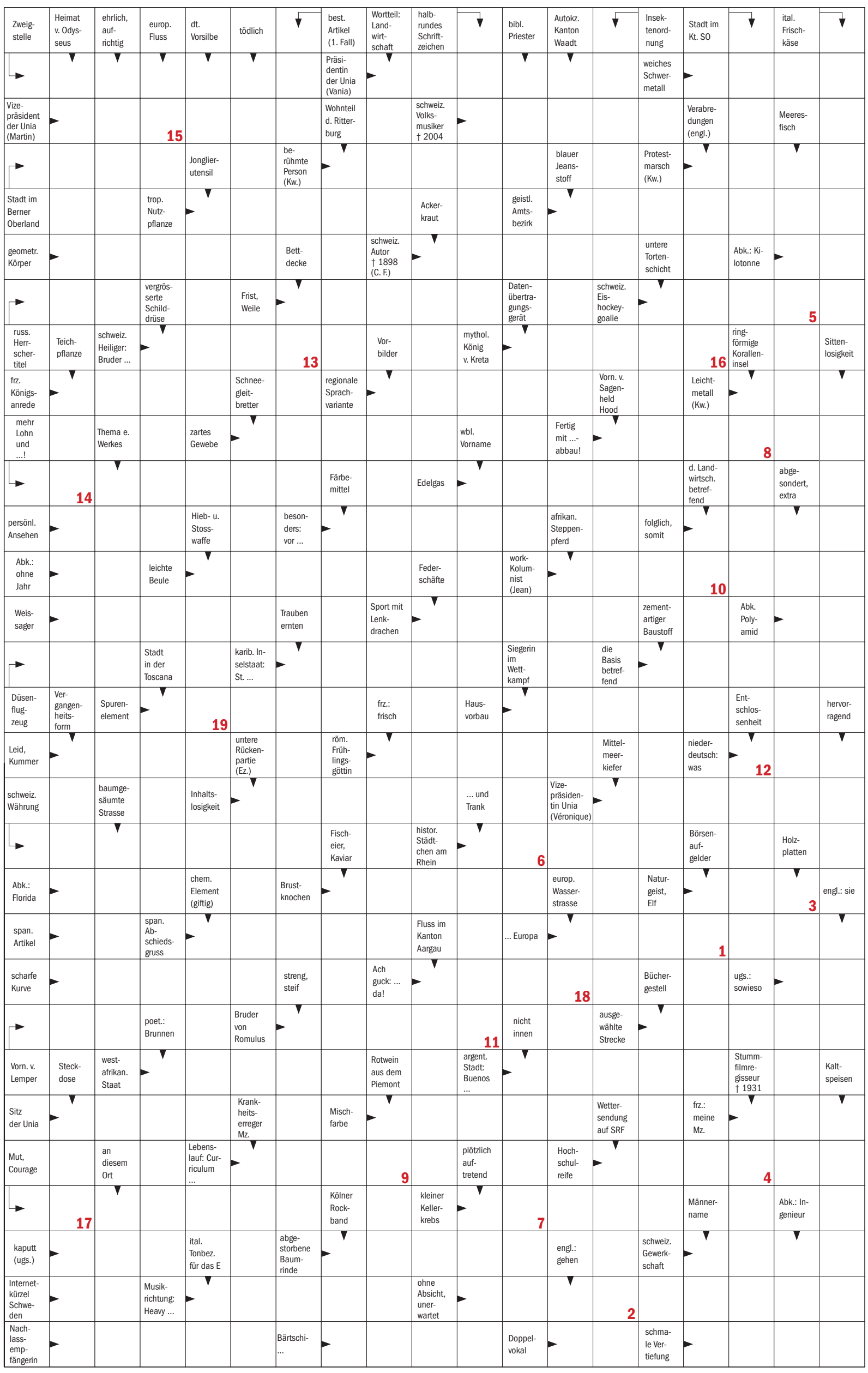
Gewinnen Sie 2 Übernachtungen für 2 Personen im Doppelzimmer mit Frühstück und 3-Gang Abendmenu im See- und Seminarhotel FloraAlpina Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.
www.floraalpina.ch



Das Hotel Bern ist die perfekte Location, um Bern und Umgebung zu erkunden und für Shopping in der bezaubernden Zähringerstadt. Gewinnen Sie 2 Übernachtungen für 2 Personen im Doppelzimmer mit reichhaltigem Frühstücksbuffet und einem 3-Gang-Abendessen.
www.hotel-bern.ch

Für die Jubiläumsausgabe sponsert Unia Ferien drei Gutscheine à je 500 Franken, einlösbar auf dem ganzen Unia-Ferienangebot.
www.unia.ch/ferien

UNIA
Ferien
Vacances
Vacanze



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch. Einsendeschluss: 29. Oktober 2021.

LÖSUNG, GEWINNERIN UND GEWINNER AUS NR. 16
Das Lösungswort lautete: STEUEROASE

	B	M				U	S					U		P				
	R	E	S	P	E	K	T		Z	E	R	T	I	F	I	K	A	T
	A	T		O		R	E	F	E	R	E	E		O		A	L	V
	T	E	I	L	B	A	R		T		S		A	T	O	M	E	
K	R	O	N	E		I		L	E	G	E	N	D	E		E		I
	O		S		I	N	S	E	R	A	T		M		A	R	E	N
	S	U	E	H	N	E		G		T		P	I	C	C	A	R	D
H	T	M	L		F		W	E	I	T	H	I	N		R		E	I
		B		K	O	L	O	N	N	E		L		S	E	R	I	E
	T	R	I	A	S		G		F		P	L	O	T	S		L	
G	O	A		P		G	E	R	A	N	I	E		O		S	E	T
	E		A	U	T	O	N	O	M		A		D	E	K	A	N	E
	P	E	L	Z		E		D		E	T	T	E	R		N		S
	F		G	E	K	R	U	E	M	M	T		M	E	R	K	E	L
G	E	G	E	N	T	E	I	L		S	I	M	O	N	E	T	T	A

DEN PREIS, 2 Coop-Gutscheine à je Fr. 150.–, haben gewonnen: Hedi & Hans Rudolf Blaser, St. Niklaus VS, Hubert Eggs, Riehen BS. Herzlichen Glückwunsch!

WORKPOST

Pflegerin Annette Jaggi erklärt, warum sie nach über 20 Jahren aus

«Eine optimale Pflege ist nicht mehr möglich»

Schon seit Wochen sind die Intensivstationen zu fast 80 Prozent ausgelastet. Das klingt nicht dramatisch, ist es aber. Pflegerin Annette Jaggi sagt: «Wir müssen jeden Tag die Pflegequalität herunterfahren.» Jetzt hat sie genug.

«Das Spital findet keine Leute mehr, die auf der Intensivstation arbeiten können und wollen.»

KONSTANTE ENTTÄUSCHUNG

30. Oktober: Nationale Pflegedemo in Bern

WORK 16 / 1.10.2021: «OPTIMALE PFLEGE IST NICHT MEHR MÖGLICH»

Die Aufwertung ist dringlich

Wer die Pflegeinitiative ablehnt, die als nächstes zur Abstimmung ansteht, ist ein unverbesserlicher, empathieloser Ignorant. Der Pflegeberuf muss dringendst – auch finanziell – aufgewertet werden. Klatschen tu' ich dann, wenn die Initiative angenommen wurde.

GERY MÜLLER, VIA WORKZEITUNG.CH

Totsparer und Erbsenzähler

Ich arbeite nun seit 44 Jahren auf der Pflege, und immer auf der akutesten Seite meines Berufes (Anästhesiepflege, Rettungsdienst). Habe mit über vierzig Jahren Mitgliedschaft beim VPOD schon vor 20 Jahren für die genau gleichen Themen wie heute gekämpft, weitgehend ohne Erfolg: Wenn man gesagt hat, wir müssten mehr ausbilden, ist man nur belächelt worden! Mir tut es für die Patienten und auch die jüngeren Kolleginnen leid, die in so einer Misere arbeiten müssen!

Die Idee, ein Spital nach den üblichen Regeln des sogenannten freien Marktes zu betreiben, ist krank. Konkurrenz im Gesundheitswesen ebenso! Wer für die Patienten eine optimale Pflege anbieten möchte, braucht Zeit, genug Personal und eine Führung, die endlich begreifen sollte, dass die Sklaverei abgeschafft ist! Im heutigen Umfeld werden die Patienten nicht gesund, und das Pflegepersonal leidet und wird auf die Länge auch krank.

Wer in diesen Zeiten aus der Pflege aussteigt, denen kann man das wirklich nicht übelnehmen, ganz im Gegenteil! Und die Totsparer und Erbsenzähler in der Politik haben es immer noch nicht gerafft, dass ihre Sparübungen und die parteiübergreifende Ignoranz das Problem Pflegenotstand nicht lösen. Ein paar Hauruckübungen und halbherzige Pseudoaktionen reichen nicht.

Ich werde bald aufhören zu arbeiten und erinnere mich gerne an die längst vergangene, auch strenge Zeit, als noch richtig am Patienten gepflegt wurde und nicht wie heute stundenlang am PC gesessen und die Katastrophe verwaltet wird! Den Verantwortlichen in den Führungsetagen der Spitäler und den Politikern möchte ich nur eins sagen: Shame on you! Die Pflegeinitiative ist ein guter Beginn in die richtige Richtung. Bitte stimmen Sie für sich und für uns und legen Sie ein Ja in die Urne, danke!

THOMAS SCHIEWECK, VIA WORKZEITUNG.CH

WORKLESERFOTO

Kunst am Baum

WANN 18. September 2021
WO Saas Fee VS
WAS Ein Baum tankt Sonne!
Eingesandt von Erwin Scheidegger, Burgdorf BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

Ein klares Ja

Streiken wäre wohl die Lösung, um endlich ernst genommen zu werden. Pflegende werden das der Obrigkeit und ihrer Berufsethik wegen jedoch nie tun, das wissen die Zuständigen, und deshalb bleiben die Machtverhältnisse dieselben. Also unterstützen wir die Initiative am 30. Oktober und nehmen dann die Initiative an! Das sollte uns nach der Pandemieerfahrung nicht schwerfallen, und ja, dann noch klatschen ist auch gut!

PASCAL MERZ, SURSEE LU

WORK 16 / 1.10.2021: 1 x 1 DER WIRTSCHAFT / AHV-FINANZEN

Mehr Lohn

Bessere Löhne Arbeitender bringen mehr Geld in die AHV und mehr Steuergelder. Dafür die Aktionäre kürzerhalten!

ERICH MÄDER, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 16 / 1.10.2021: ARTIKEL ZUR CORONA-IMPFUNG

Einige Studien stehen noch aus

Ich befürworte Ihre Beiträge zum Impfen und die Aufklärung über die Impfung. Allerdings möchte ich darauf hinweisen, dass es durchaus auch Leute mit Schäden gibt oder die aus anderen, früheren Impfungen Schäden haben (mich eingeschlossen). Somit erwarte ich von der Unia, dass diese sowohl die Vorteile als auch die Nachteile einer Impfung darstellt und nicht nur die Vorzüge betrachtet. Gewisse Länder (Island, Norwegen, Schweden) verwenden einige Impfstoffe aufgrund der Risiken schon nicht mehr oder schränken die Verwendung ein. Einige Studien werden erst im Laufe der nächsten Jahre erstellt, erst nach zwei, fünf oder zehn Jahren lassen sich Schlüsse daraus ziehen. Es gab auch schon Fälle, in denen Arzneimittel oder Impfstoffe aufgrund der Risiken nachträglich vom Markt genommen wurden.

ALEXANDER ANTON, PER MAIL

Verwirrer und ihr Wirken

work schreibt, die Gruppe der Verwirrer sei nicht relevant für die angestrebte Impfquote. Da bin ich mir nicht so sicher, weil sie über ihr privates Umfeld doch manche Verunsicherten ins eigene Lager ziehen. Laut genug poltern sie ja.

HELEN GERBER, PER MAIL

INSERAT

Die Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV wünscht Work viele bedeutsame Themen für die nächsten Lebensjahre und freut sich auf weitere schlagkräftige Berichte.

sev
Gewerkschaft des Verkehrspersonals
Syndicat du personnel des transports
Sindacato del personale dei trasporti

www.sev-online.ch

Patricia D'Incau ist das Gesicht hinter den Tweets und Posts der work-Zeitung

«work hat eine starke Community»

Patricia D'Incau twittert, postet und kommentiert für die Zeitung work. Ihr Ziel: die Geschichten, Reportagen und Portraits in der Onlinewelt verbreiten. Wer denkt, das sei eine nette Nebenbeschäftigung, irrt sich.

SARAH FORRER | FOTOS YOSHIKO KUSANO

Die Vergangenheit der work-Zeitung stapelt sich auf einem grauen Möbel im Redaktionsbüro in Bern. 20 prallvolle rote Ordner. Jede einzelne Ausgabe der vergangenen 20 Jahre fein säuberlich abgelegt und archiviert. Verblasste Erinnerungen auf vergilbten Blättern. Die Zukunft hingegen sitzt jung und hellwach am Pausentisch und trinkt Kaffee. Patricia D'Incau ist 31 Jahre alt, Redaktorin und für die digitale Welt von work zuständig.

Vor einem Jahr hat sich die Redaktion entschieden, die Präsenz der Zeitung auf Instagram, Twitter & Co. auszubauen. Patricia D'Incau kniete sich rein, bildete sich weiter und bespielte Anfang 2021 erstmals Instagram mit Geschichten über Lohndumping, Frauenstreik und Pflegerinnen-Not. Heute tummeln sich im Kanal über 500 Follower. Auf Twitter sind es 600. Bei Facebook über 1700. «Es braucht Zeit, eine Community aufzubauen. Aber mittlerweile haben wir eine solide Basis», erzählt die gebürtige Berner Oberländerin.

VIEL ARBEIT. Hier etwas posten, dort ein wenig twittern oder eine Frage beantworten: Was nach Spass und lockerer Arbeit tönt, ist in Wirklichkeit ein knochenharter Job. D'Incau: «Die sozialen Medien sind eine wahre Zeitfressmaschine.» Ein Beitrag für alle drei Plattformen? Denkste! Auf Twitter beispielsweise stolzieren viele Selbstdarstellende. Oft Politikerinnen und Journalisten. Da ziehen andere Themen als bei Instagram, wo einzig das Bild zählt und keine Verlinkungen gemacht werden können. Facebook ist zwar einfacher zu bedienen, aber immer mehr Leute löschen ihr Profil oder sind nicht mehr aktiv.

Diese Eigenheiten der Onlinewelt mit der Printwelt zu verbinden – das findet Patricia D'Incau spannend. «Wir machen eine Zeitung. Doch wie können wir diese spannenden Geschichten online verkaufen?»

Damit beschäftigt sie sich jeden Tag. Denn längst nicht alles, was auf einer Zeitungsseite funktioniert, passt auch in einen Post. Diese Brüche fordern die Bernerin heraus. Manchmal hat sie den Text und das Bild in einer halben Stunde bereit. Manchmal sitzt sie einen halben Vormittag daran, spielt mit den Wörtern und kämpft mit der begrenzten Zeichenzahl.

Bereits als Kind faszinierten Patricia D'Incau Buchstaben mehr als Zahlen. Sie verschlang Bücher. Eines nach dem anderen. Nach der Handelsschule landete sie bei der SAJV, dem Dachverband der Jugendorganisationen. Sie bildete sich in Kommunikation und Journalismus weiter und wurde zum Sprachrohr von 500 000 Kindern und Jugendlichen. Nebenher schrieb sie. Nach einem kurzen Abstecher nach Deutschland wechselte sie vor vier Jahren zur work-Zeitung. Und blieb. «Die Arbeit passt perfekt zu meinem Alltag: Ich hänge extrem viel am Handy», sagt sie und lacht.

OFT ONLINE. Bereits vor dem ersten Kaffee checkt Patricia D'Incau am Morgen die sozialen Medien, schaut, ob eine Reaktion nötig ist, und sucht mögliche Ideen für Beiträge. Lust auf digitalen Detox? Fehlanzeige. «Ich bin relativ schmerzfrei, was meinen Konsum der sozialen Medien anbelangt.»

Nicht alles gefällt ihr, was ihr geübter Blick in den unzähligen Onlinestunden scannt. Oft stört sie sich über den Umgangston. Ist befremdet über die Rücksichtslosigkeit. Vor allem beim Thema Corona. Da scheinen alle Schranken zu fallen. «Die Kommentare sind teilweise unterirdisch.» Von persönlichen Beleidigungen bis hin zu absurden Theorien ist alles dabei. Was unter die Gürtellinie geht, löscht sie. Anderes kommentiert sie. Manchmal von ihrem privaten Account aus. Oft reagiert sie gar nicht. «Don't feed the Trolls. Gib den Hetzern keine zusätzliche Plattform», ist eine der Strategien, die sie sich im vergangenen Jahr angeeignet hat.

NÄCHSTER SCHRITT. Eine weitere Strategie ist das Freuen an konstruktiver Kritik. An Likes und freundlichen Kommentaren. Wie beim Video eines tanzenden Bauarbeiters, das sie kürzlich produzierte. Eine besondere Premiere für die Redaktorin, die erstmals ein Video selber filmte und schnitt. «An Bewegtbildern kommt man in der Onlinewelt nicht vorbei. Leute lieben das passive Gucken. Und uns als Redaktion eröffnet es ganz neue Welten!» Deshalb steht ihre nächste Weiterbildung bereits fest: Einen Videokurs will sie besuchen.

Trotz dem digitalen Alltag hängt sie an der Printausgabe der Zeitung. Es sei ein ganz anderes Gefühl, eine ganz andere Qualität, eine Zeitung in den Händen zu halten. Ob sich in 20 Jahren weitere 20 Ordner, gefüllt mit Printausgaben, in der Redaktion türmen werden, sei schwierig zu sagen. «Ich hoffe es! Es hängt aber sehr davon ab, wie die Menschen künftig kommunizieren werden.» In einem ist sich Patricia D'Incau aber sicher: «Das geschriebene Wort stirbt nicht aus!»

PATRICIA D'INCAU

KLASSISCHE KLÄNGE

Patricia D'Incau ist im beschaulichen Boltigen, weit hinten im Simmental im Berner Oberland, gemeinsam mit Schwester, Eltern und Grosseltern aufgewachsen. Ihre Wurzeln liegen weiter südlich: Ihr Urgrossvater wanderte vor dem Ersten Weltkrieg von Italien in die Schweiz ein. Seine Sprache beherrscht sie leider nicht. Dafür stammen ihr Nachname und ihr liebstes Hobby aus dem Land, wo die Zitronen blühn: Die 31jährige spielt Geige.

FILIGRAN. Bereits als Kind lernte sie das filigrane Streichinstrument. Dann hatte sie fast 20 Jahre lang keinen Bogen mehr in der Hand. Kurz vor der Corona-Pandemie holte sie die klassische Musik wieder ein. Heute nimmt sie in Bern Unterricht bei einer Geigenlehrerin, die auch eine begeisterte work-Leserin ist. «Da macht das Lernen doppelt Spass!»

BILDSCHIRM-WORKERIN: Posts schreiben, Reaktionen checken, beantworten … Alltagsarbeit für Digital-Redaktorin Patricia D'Incau.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannessupe@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Sarah Forrer, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.